

■ Links oder lahm?

Im Gespräch mit Hans Modrow. Er plädiert für innerparteiliche Demokratie, für eine Urabstimmung über das Profil der neuen linken Partei **Seite 3**

■ Mehr tun ... als abwarten

Seit 15 Jahren aktiv: Leipziger Bürgerverein Waldstraßenviertel **Seite 5**

■ Ein schwarzer Freitag

Was eine Leipziger Besuchergruppe am 13. Oktober im Sächsischen Landtag erlebte **Seite 6**

■ Ungarn 1956

Vom demokratischen Protest zur mörderischen Konterrevolution **Seiten 8/9**

Die Mörder sind immer noch unter uns

Unbehelligt, denn für die Münchner Staatsanwaltschaft steht die Erschießung Gefangener „nach sittlicher Wertung nicht notwendig auf tiefster Stufe“



Inschrift der Stele
Zur Erinnerung an die von den deutschen Besatzern am 3. Oktober 1943 grausam getöteten Einwohner unseres Dorfes

In Mittenwald, wo sich die Gebirgsjäger alljährlich zur Traditionspflege zusammenrotten, schlägt ihnen Jahr für Jahr der Protest entgegen, dem sich deutsche Gerichte nicht im mindesten anschließen. Im Gegenteil – wo doch deutsche Soldaten schon wieder weltweit „deutsche“ Interessen zu verteidigen haben.

Verfahrenseinstellung Kefalonia

Welch verräterischer Zeitpunkt

Eines der größten Kriegsverbrechen der faschistischen Wehrmacht bleibt weiter ungesühnt. Anfang Oktober veröffentlichte die Staatsanwaltschaft München den makabren Beschluss der Einstellung eines Verfahrens über das deutsche Massaker an italienischen Soldaten von 1943 auf Kefalonia (Griechenland).

Die Erschießung Gefangener stehe „nach sittlicher Wertung nicht notwendig auf tiefster Stufe“, begründen die Bayern. Vielmehr können die Täter – die kaltblütig entwaffnete italienische Kriegsgefangene umbrachten – „menschliche Schwäche“ in Anspruch nehmen und sind des Mordes unverdächtig. Da das Massaker damit verjährt ist, dürfen sich die Deutschen völliger Straffreiheit erfreuen und erhalten weiter ihre Staatspensionen.

In Italien, wo der Münchner Spruch mit Empörung aufgenommen wurde, werden die Nutznießer dieses Einstellungsbescheids der Teilnahme an hinterhältigen und besonders grausamen Morden beschuldigt. Dem deutschen Massaker fielen etwa 6000 Menschen zum Opfer.

Der Skandal hat freilich noch eine andere, sehr aktuelle Seite. Immerhin wird das jahrelang verzögerte Verfahren gerade zu dem Zeitpunkt eingestellt, als deutsche Bundeswehrsoldaten nicht schlechthin mit Sanitätszelten oder Trinkwasserversorgungsanlagen in die Welt ausrücken, sondern mit scharfer Munition. Und wer die mit sich führt, setzt sie auch ein. Anders gesagt, nach diesem Münchner Muster lassen sich nun auch völkerrechtswidrige Kriegshandlungen in den gegenwärtig von deutschem Militär besetzten Staaten straffrei stellen.

Unter den Tätern, die auf Kefalonia in blutiger Rache ehemalige Verbündete niedermetzten (und ebenso die griechische Bevölkerung), befand sich auch der Beschuldigte Otmar Mühlhauser, der eines der Massakerkommandos zusammenstellte. Für die Staatsanwaltschaft München ist die Identität des Verbrechens offenbar nicht so wichtig, denn im Einstellungsbeschluss wird er einmal als „Mühlhauser“, dann wieder als „Mühlmauser“ bezeichnet. Klar, wenn die grausame Okkupationspolitik als ganz normal angesehen wird.

Übrigens: Die nach dem Kriegsvölkerrecht und auch nach damaligen deutschen Vorschriften gesetzbare Tat sei ohne „politische Beweggründe“ erfolgt, heißt es in dem Münchner Einstellungsbeschluss. „Es ging vielmehr um militärische Belange, die zur Erschießung (...) führten“. Kann es eine offenkundigere Leugnung der historischen Zusammenhänge geben?

Außerdem seien die Erschossenen „keine normalen Kriegsgefangenen“ gewesen, sondern „Verräter“. Da hätte auch gleich ein alter Nazi-jurist den Text diktieren können.



Egon Krenz

Auszüge aus einem Artikel zum Umgang mit der DDR-Geschichte

Das Weltgeschichtliche an der DDR war, dass sie ein Gegenentwurf zur bisherigen deutschen Geschichte war und damit auch eine legitime Antwort auf die Restaurationsversuche in der alten Bundesrepublik. Freilich, noch mit vielen Unvollkommenheiten, mit folgenschweren Fehleinschätzungen, politischen Dummheiten und leider auch vermeidbaren Ungerechtigkeiten, die aufrichtige Sozialisten und Kommunisten mehr als nur bedauern.

Es gab Gegner dieses historischen Prozesses, das ist wohl wahr: wirkliche und vermeintliche. Es gab Mitläufer, Unzufriedene und auch eine Menge Karrieristen – wie sich zeigt, bis ins Politbüro hinein. Es gab aber auch – und das wird heute kaum noch erwähnt – Millionen Bürger, denen die DDR Herzenssache war und die sich für ihren Staat ein Leben lang engagierten.

Während Antikommunisten den Untergang der DDR mit dem Versagen der sozialistischen Idee gleichsetzen, behalten überzeugte Kommunisten und Sozialisten das sozialistische Ideal vor Augen. Sie lassen nicht zu, dass diese großartige Idee in Zusammenhänge gebracht wird, in die sie nicht gehört. Überrascht hat mich daher beispielsweise eine Fragestellung im „Neuen

Deutschland“, ob es eine Linie gebe von Lenin über Stalin, Mao, Ulbricht und Pol Pot? Na, das wär's dann: Pol Pots Verbrechen unter einem Dach mit Ulbrichts Wirken für die DDR! Wieviel Erfahrungen der Weltgeschichte, Erfahrungen von Revolutionen und Konterrevolutionen, von Kriegen und Bürgerkriegen, von zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert und vom frühen Sozialismus in der DDR werden mit einer solchen Fragestellung ignoriert? Wer, wie ich, in Kampucheas die Folgen des Pol-Pot-Regimes mit eigenen Augen gesehen hat, findet angesichts der dortigen Grausamkeiten keine Worte darüber, dass Ulbricht und damit natürlich auch die

in Leipzig als auch auf dem Berliner Alexanderplatz überwogen Forderungen nach einer „Erneuerung des Sozialismus“ und nach einer „reformierten DDR“, was immer das auch konkret bedeuteten sollte. Erst als nach dem 9. November 1989 Reichskriegsflaggen in Leipzig auftauchten, die nachweislich Westimport waren, wurde aus der Losung „Wir sind das Volk“ der hineingetragene Slogan „Wir sind ein Volk“.

Gregor Gysi meint, dass „die ganze DDR kleinbürgerlich strukturiert war“. Was sind für ihn kleinbürgerliche DDR-Strukturen? Die Struktur der Eigentumsverhältnisse, der Volkswirtschaft, des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, die Bevölkerungsstruktur, die Justizstrukturen ...?

Gedanken zum 7. Oktober

DDR in solche Zusammenhänge gesetzt werden.

Wenn ich höre oder lese, dass auch einige Funktionsträger der PDS meinen, die DDR sei zu Recht untergegangen, dann frage ich mich schon, wie das mit dem einst formulierten Ziel übereinstimmen soll, aus der Geschichte der DDR zu lernen, wie der Sozialismus der Zukunft sein könnte. Wer nur die Defizite der DDR summiert, landet bei grundsätzlichen Fehlschlüssen. Wer wirklich Sozialismus will, kommt an den Erfahrungen der DDR nicht vorbei – weder an den schmerzlichen negativen und erst recht nicht an den Werten und Vorzügen der DDR.

Kürzlich las ich von Gregor Gysi: „Wer sich heute demokratischer Sozialist nennt, darf nie vergessen: Mit der DDR ist etwas untergegangen, das die Menschen trotz sozialer und kultureller Leistungen nicht wollten. Punkt.“ Einst hat sich Gregor gegen solche Falsch- und Bevormundungsurteile gewehrt. Und das zu Recht. Man sollte sich doch genau an die Situation im Herbst '89 erinnern. Sowohl bei den Montagsdemonstrationen

über die DDR verläuft einseitig. Sie leidet unter dem bekannten und immer mal wieder anschwellenden Kommunismohr. Dazu gehört auch, dass weltpolitische Zusammenhänge ausgeblendet, DDR-Politik grundsätzlich nur „verwerfliche Zwecke“ unterstellt und Entscheidungen der DDR-Führung mit Häme und Heuchelei begleitet werden. Zunehmend positive Erinnerungen an die DDR, die von den offiziellen Vorgaben abweichen und unter anderem auch das Resultat von Vergleichen der beiden erlebten Gesellschaftssysteme durch frühere DDR-Bürger sind, werden spottend als DDR-Nostalgie denunziert. Notwendig ist eine ehrliche Diskussion über die Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Staaten. Bei einer solchen Debatte würden auch an die alte Bundesrepublik sehr kritische Fragen gestellt werden. Solange diese aber als die Verkörperung alles Guten und Schönen in Deutschland gepriesen und die DDR verteufelt wird, solange wird es keine wirkliche deutsche Einheit geben können.

Geplant: Holocaust-Museum

LN. Pläne, auch in Deutschland ein nationales Holocaust-Museum einzurichten, gibt es schon seit längerer Zeit. Die in Hannover ansässige Stiftung fasste zunächst Berlin ins Auge, als ehemaliges administratives Zentrum faschistischer Vernichtungsindustrie. Dort stieß Jürgen Häbler, Vorsitzender des Stiftungsrates auf Einwände: Es gäbe in Berlin schon genügend authentische Orte. Später kamen Erfurt und Leipzig ins Gespräch. In ihrer jüngsten Sitzung entschieden sich nun Kuratorium und Vorstand der Stiftung „Deutsches Holocaust-Museum“ für Leipzig.

Die Stadt stellt den ehemaligen Sowjetischen Pavillon auf dem Alten Messegelände zur Verfügung. Auf einer Fläche von rund 2000 Quadratmetern kann das künftige Dokumentationszentrum errichtet werden. Auch eine wissenschaftliche Nutzung ist angedacht.

Der Leipziger Kulturbeauftragte Georg Girardet warnt davor, das Projekt schon als Gewissheit zu betrachten, denn es „benötige viel privates Kapital“.

Die Diskussion hat begonnen.

Dr. Anette Boenheim, Vorsitzende der AG Jüdisches Leben im Bürgerverein des Leipziger Waldstraßenviertels:

Als ich hörte, dass es in Leipzig ein Holocaust-Museum geben wird, habe ich mich gefragt: Hat das überhaupt einen Sinn? Kann man in einem Museum darstellen, wie es ist, wenn man im Jahr 2004 eine betagte, hochintelligente Cousine trifft, die aber gefühlsmäßig ein Kind geblieben ist – immer noch so alt wie damals, als sie mit einem Kindertransport nach England kam? (Sie hat nie wieder von ihren Eltern und Geschwistern gehört.)

Oder kann man sich vorstellen, wie verbittert die in Kopenhagen lebende Verwandte ist? Verbittert, weil ihr Vater zwar sie und ihre Mutter nach Kopenhagen brachte, dann aber nach Deutschland zurückging und nie wieder etwas von sich hören ließ. Die Mutter glaubte jahrelang, er habe sie wegen einer anderen Frau verlassen – bis man erfuhr, dass er kurz nach seiner Rückkehr in die deutsche Heimat umgebracht wurde.

Kann man die eigenen Gefühle nachempfinden, wenn man in Jerusalem in einem Touristenbus sitzt und alle verwundert, empört oder nur erschreckt den Kopf schütteln, weil man als Jüdin heute in Deutschland lebt.

Nein, das alles kann man nicht darstellen, aber wir brauchen ein Museum wider das Vergessen. Und es sollte allen Opfern des Naziregimes gelten. Und wir brauchen es gerade in Leipzig, wo der Baubeginn eines jüdischen Begegnungszentrums um fast drei Jahre mit rechtlichen Mitteln verschoben werden konnte.



Die „Überflüssigen“, Mitglieder des Sozialforums Leipzigs, waren am 16. Oktober nicht zu übersehen. Sie verteilten in Straßenbahnen Flugblätter und auch ebenso freigiebig ihre Meinung zu Euro-Jobs als Straßenbahnbegleiter wie zur Notwendigkeit eines echten Sozialtickets in Leipzig. Denn die Stadt hat rund 50 000 Erwerbslose, davon sind über 40 Prozent Alg-II-Bezieher (und das sind längst noch nicht alle der Bedürftigen). Gemäß RegelsatzVO zu Hartz IV sind monatlich für alle Verkehrsdienstleistungen 19,86 Euro vorgesehen. Das reicht entweder für 12 Einzelfahrten oder knapp für das TIMobil-Abo. Das aber heißt: Entweder insgesamt nur 6 Ausflüge zu ARGE und Arbeitssuche nur innerhalb der Stadtgrenzen, keine Termine vor 10 Uhr; keine Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit oder kulturellen Ereignissen vor 19 Uhr. Das ist Ausgrenzung vom gesellschaftlichen Leben! Außerdem bedeutet es den Entzug der Grundlage für die überall geforderte Mobilität.

Diese Widersprüche bei der zunehmenden Drangsalisierung der Erwerbslosen zeigten die „Überflüssigen“ auf – und fanden bei den allermeisten Fahrgästen offene Ohren, Verständnis und Unterstützung.

Foto: Eiltzer

Leser meinen

Kürzlich erfuhr ich, dass die beiden bewährten Reinigungsfrauen und der Hausmeister der Förderschule Elstertrebnitz an eine Berliner Firma verkauft worden sind. Ich habe einige Jahrzehnte an der POS Elstertrebnitz gearbeitet, auch als stellvertretender Direktor. In dieser Zeit habe ich die Arbeit der Frauen schätzen gelernt. Allerdings waren es zu meiner Zeit

noch vier Frauen, die für Sauberkeit im Schulhaus gesorgt haben. Die Verringerung auf zwei Frauen ist schon eine Sparmaßnahme des Landratsamtes gewesen. Ich treffe die beiden Frauen fast jeden Tag und komme mit ihnen ins Gespräch. Ob dieser Verkauf für sie Vorteile bringt, wissen sie noch nicht; allerdings können sie nun jederzeit auch an anderer Stelle eingesetzt werden.

Sklavenhandel heute

Diese sogenannte „Sparmaßnahme“ ist in meinen Augen ein moderner Sklavenhandel.

Die Fraktionen, die dafür gestimmt haben, sollten sich schämen. Ich weiß allerdings, dass die Fraktion der PDS gegen den Beschluss stimmte.

Von Frau Köpping möchte ich eine Begründung ihres Verkaufes haben.

FRITZ RASENBERGER,
ELSTERTREBNITZ

Flagge zeigen für Nachtflugverbot

LN. Vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wird am 24. und 25. Oktober 2006 die Hauptverhandlung über den Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle geführt. Kernpunkt der Klage ist die Forderung nach einem Nachtflugverbot. Für den Flughafen Berlin-Schönefeld ist es bereits Gesetz, weil es zum Schutz der Gesundheit der Flughafenanwohner notwendig war. Die Gesundheit von mindestens 75 000 Betroffenen der Region Leipzig/Halle ist nicht weniger wert als die der Berliner.

Eine Initiativgruppe für das Nachtflugverbot fordert zur Solidarität mit den Betroffenen. Geplant ist unter anderem am **24. 10. um 8 Uhr eine Mahnwache vor dem BVG am Simsonplatz**. An beiden Verhandlungstagen sollten ferner ab 9.30 Uhr möglichst viele Besucher in den Großen Sitzungssaal (Saale 201) kommen, um auch auf diese Weise Flagge zu zeigen.

Bereits am **23. Oktober findet ab 17 Uhr (Treffpunkt Mendeburgen) eine Demonstration** statt, um den Richtern deutlich zu machen, dass sie für die nächsten 30 Jahre, für die Zukunft der Menschen dieser Region entscheiden.

DR. HANS MODROW, Ehrenvorsitzender der Linkspartei.PDS und THOMAS HÄNDEL vom Bundesvorstand der WASG bestritten – eingeladen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. – am 4. Oktober in Leipzigs Alter Börse eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Partieneubildungsprozess zwischen Linkspartei und WASG und zur Frage der unterschiedlichen Herkünfte. LN sprach mit Hans Modrow über Sorgen, die linkes Parteivolk derzeit bewegen.

● **LN:** In Ihrem kürzlich zusammen mit Ulrich Maurer herausgegeben Band „Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung“ warnen Sie: „Wenn der Berg der ungelösten Probleme zu groß wird, dann wird er nicht mehr zu bewältigen sein. Und wenn die Last, die daraus erwächst, zu schwer wird, kann auch das Projekt daran zerbrechen.“ ... Nach der Wahl in Berlin erst recht brandaktuell.

Hans Modrow: Das Berliner Problem ist in erster Linie ein politischer Vorgang. Die dort in Verantwortung stehenden Genossen haben mit ihrem „Weiter so“ – was sich in der Wahllosung „Fortsetzung folgt“ ausdrückt – mehr Schaden angerichtet, als sie sich bisher eingestehen wollen. Es ging mir bei allen Debatten nicht um ein einfaches Ja oder Nein zu einer Koalition. Natürlich kann ich nicht über Nacht aus einer Koalition austreten. Aber wenn ich hineingehe, muss ich wissen, zu welchen Bedingungen ich dort wirken kann. Spätestens als Wowereit lobte, so gut sei noch nie eine Koalition gelaufen, war eine Nachdenklichkeit gefordert, die die Wählerinnen und Wähler erreicht. Da muss man doch nachfragen. 70 000 Nichtwähler, 18 000 WASG-Wähler – wir haben das noch nicht analysiert, verhandeln aber schon wieder über eine neue Koalition. Wir wollten mit dieser Koalition Ost und West besser zusammenführen. Dazu aber müsste man sich auch klar zur Ostproblematik artikulieren. Der Abstand zwischen Ost und West in Gehalts-, in Renten- und vielen anderen Fragen, in Berlin hautnah zu spüren, begleitet uns weiterhin. Er überlagert den eigentlichen Widerspruch von oben und unten. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir diese Unterschiede unterspülen. Übrigens: Dass schon in der Präambel zum seinerzeitigen Koalitionsvertrag die DDR-Geschichte in Bausch und Bogen verurteilt wurde, hat mehr Schaden angerichtet, als von der Berliner PDS-Fraktion eingesehen wurde. Das Wahlergebnis war auch dafür die Quittung.

● **In diesem Zusammenhang gibt es zahlreiche Befürchtungen an der Basis, dass**

Urabstimmung für Profil der neuen Linkspartei



das sozialistische Profil der Partei verwässert wird. Und es ist ja offensichtlich, dass mit nahezu jedem neuen Papier, Entwurf, Manifest ein bisschen mehr linke Politik verschwindet.

Wir haben immerhin ein programmatisches Eckpunktepapier und damit die Herausforderung für eine programmatische Debatte, zu der auch Betrachtungen zum demokratischen Sozialismus gehören. Inzwischen liegen eine Reihe weiterer Papiere vor. Inhaltlicher, programmatischer Disput unter den Papiereschreibern findet aber nicht statt. Auch auf dem Programm-Konvent in Hannover wurde mehr neben- als miteinander diskutiert. Mit „Abschied und Wiederkehr“ kam ein besonderes Papier auf den „Markt“. Darin haben fünf Ost-Landeschefs und einige Abgeordnete kraft ihres Amtes, aber an den Vorstellungen der Parteibasis vorbei, Thesen aufgestellt, die uns weit von unseren Wurzeln der revolutionären Arbeiterbewegung entfernen. Wenn wir so weitermachen, droht uns ein Abschied von der Wiederkehr. Wir müssen uns schon gründlicher für das neue Parteienprojekt anstrengen. Das ist für mich vor allem eine Frage der innerparteilichen Demokratie. Deshalb plädiere ich entschieden für eine gründliche Vorbereitung der Urabstimmung in der Partei – nicht darum, ob man für die Vereinigung ist, sondern vor allem um die Klärung der Frage, welchen Charakter die neue Partei haben soll. Mir scheint, die Bildung einer neuen linken Partei wird sich vollziehen – ob sie klein, aber fein oder politisch stark und bedeutsam sein wird, ist jedoch offen.

● **Als Sozialpartei, die hie und da ein paar Verbesserungen für den Alltag der Menschen durchsetzt, tragen wir uns nicht, sagten Sie heute auf dem Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung ...**

Nein, als Sozialpartei tragen wir uns wirklich nicht. Schon deshalb nicht, weil Deutschland mit etwa einer Division Soldaten im Ausland eigentlich im Krieg steht. Nur als linke sozialistische Partei werden wir einen Platz in der Gesellschaft haben, sozialpolitisch wie friedenspolitisch. Wenn lediglich pragmatisches Herangehen an tagespolitische Aufgaben unser Denken dominiert, könnte der neuen Partei ihr linkes Profil abhanden kommen. Wir brauchen ohnehin keine zweite sozialdemokratische Partei. Deshalb ist es auch höchste Zeit für eine geschichtliche Diskussion. Mit Oskar Lafontaine bin ich mir einig, dass wir eine eigene Expertenkommission brauchen, um über die DDR und ihre Geschichte zu diskutieren. Zu Fehlern, Entstellungen, Versäumnissen und Verstößen gegen das Recht habe auch ich mich längst bekannt. Aber genau so deutlich bekenne ich mich zu historischen Leistungen, die mit der Bewahrung des Friedens, mit sozialem Fortschritt und den Aufbauleistungen von vielen Millionen Menschen verbunden sind. Was wir wollen und brauchen, ist eine Diskussion über die DDR als Teil der komplexen deutschen Nachkriegsgeschichte mit zwei deutschen Staaten, die gleichberechtigt in der UNO waren, und mit vier Siegermächten, die nicht ohne Einfluss waren.

● **Noch einmal: Ebenso unbestritten ist der Bedarf an einer offenen Sozialismus-Debatte.**

So schwer es auch ist, wir müssen das Nachdenken über den Sozialismus wieder aufnehmen, zumal die Geschichte der Linken im Osten im Unterschied zu der der Linken in der BRD mit einer Staatsbildung verbunden war. Auch die revolutionär-demokratischen Umbrüche in Lateinamerika sprechen für die Notwendigkeit einer solchen Diskussion. Vom Wirtschaftsminister Venezuelas beispielsweise gibt es reges Interesse an einer Expertendiskussion mit Wirtschaftsfunktionären und Betriebsdirektoren der DDR über ihre Erfahrungen, Erfolge, Fehler. So können wir mit unserer Geschichte auch einen internationalen Beitrag zur Sozialismusdebatte leisten.



Fotos: G. Eiltzer

Mitgeschrieben bei THOMAS HÄNDEL, WASG

Es gibt Theorien, die WASG hätte sich gegen die PDS gegründet. Das ist ausdrücklich nicht der Fall. Unsere Gründung war in erster Linie Kritik an der SPD, an ihrer unsozialen Politik. Was wir z. B. in Jahren an tarifpolitischen Erfolgen eingefahren haben, rissen die mit dem Hintern wieder ein. Obwohl wir also keine Gegenründung zur PDS waren – Kritik an deren gescheiterter Westausdehnung war es schon.

Die neue Linke sollte kritische Sichten aus beiden Landesteilen bündeln. Es ist nicht gut, wenn wir schon Flügel und Fraktionen haben, bevor wir Partei sind.

Wenn ich mit der SPD gegen die CDU Privatisierungen verhindern kann, dann ist eine Koalition in Ordnung. Wenn ich aber dann nur noch am Katzenstisch sitze, muss ich austreten. So kompliziert das ist, es braucht klare Richtlinien für eine Koalition. Eines steht allerdings fest. Ich darf mich nicht allzu sehr pragmatisch von programmatischen Zielen wegbewegen.

Leipziger Stadtwerke greifen an

Frevel an 160jährigen Laubbäumen der Dübener Heide

Beschönigend heißt das Ganze Biomassekraftwerk



LN, 17'06 vom 26. August 2006

Dies vorweg: An den Lesern von Leipzigs Neue liegt es gewiss nicht, dass die Leipziger Stadtwerke nun ihr umweltzerstörendes und umweltverschmutzendes und ohnehin überdimensioniertes 20-MW-„Biomassekraftwerk“ bauen können, dass die Wittenberger Stadträte nunmehr der 50-Millionen-Investition am Standort Pieseritz zugestimmt haben – mit Ausnahme der PDS-Fraktion, die löwenhaft für den Erhalt dieser in unserem Raum dringend notwendigen grünen Lunge Dübener Heide kämpfte. Der LN-Aufforderung, beim Vorsitzenden des Wittenberger Stadtrates gegen diese Frevel zu protestieren, folgten offenbar viele Leser. Noch nie, so hörte man, sei dem Stadtrat bei einer Entscheidung so viel Gegenwind geblasen worden. Es gab auch eine Unterschriftensammlung, geharnischten Protest von Anwohnern und namhaften Naturschützern. Der Protest wäre gewiss noch wirksamer gewesen,

Wittenberger Stadträte für Waldfrevel

Nur PDS-Fraktion stimmte gegen Holzkraftwerk in der Dübener Heide

hätten nicht alle Fraktionen im Leipziger Rathaus dem Tun ihrer Stadtwerke freie Hand gelassen. Aber auch so konnte nichts Wittenbergs Oberbürgermeister Neumann und die Seinen eines Besseren belehren. Dabei liegt das Bessere längst vor: Eine umweltfreundliche, energetisch hocheffektive Biogasanlage auf Basis von reichlich vorhandenem Rapschrot. Zornig ob ihres Ausgeliefertseins an Profitinteressen schreiben Heidebürger weiter an ihre örtliche Presse, Amrita Torosa beispielsweise: „Schade, dass die Stadträte

nicht mit ihrem persönlichen Vermögen haften müssen für Schäden, die sie anrichten, wie es jeder normale Bürger tun muss.“

Das Rathaus will Investoren nicht abschrecken. Ob andere noch Interesse an der Heide haben, wenn sie kahlgeschlagen ist? Das Arbeitsplatzargument wird zum Totschlagargument (nebenbei – das Rapschrotwerk schafft wohl keine Arbeit?) Was interessieren da noch 160-jährige Buchen und Eichen, die das Werk braucht – zwei Drittel werden energetisch ungenutzt durch den Schornstein gejagt! Da aber in der Kiefern-Heide der Laubholzbedarf nie gedeckt werden kann, sei eine Spekulation erlaubt: Wenn das Kraftwerk erst steht und dann das Holz fehlt, wird es dann auf Müllverbrennung umgerüstet? Wäre ein raffinierter Schachzug, um so ein gefürchtetes, aber lukratives Ding auf diesem Umweg zu erhalten. ● **M. WARTELSTEINER**

Bittere Niederlage

Worch-Erfolg durch Versagen von Rathauspitze und Polizei ermöglicht

Der nahezu reibungslose Durchmarsch der Nazidemo am 3. Oktober bis zum Ostplatz ist zweifellos eine bittere, aber zugleich lehrreiche Niederlage für den antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Widerstand in Leipzig. Zu den Ursachen zählen hausgemachte Gründe wie die fehlende Mobilisierungsfähigkeit breiter Bevölkerungskreise, die mangelnde Koordination der Protestaktionen im Vorfeld und am Demonstrationstag selbst sowie plakative Alibiaktionen und Profilierungssüchte einzelner Akteure und Parteien; trauriger Höhepunkt war diesbezüglich die parteipolitische Instrumentalisierung des Geschehens durch den SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. Den Hauptgrund des unbestrittenen und von den Neonazis selbstverständlich sofort mit zynischer Offenheit gefeierten Erfolgs bildete aber die offenkundig mit der Rathauspitze abgestimmte fatale Polizeitaktik, die bei den letzten beiden Worch-Aufzügen durchgeführte friedliche Blockade diesmal mit allen Mitteln zu verhindern. Entgegen den verbalen Bekundungen der Einsatzleitung wurden friedliche Demonstranten in zahlreichen Fällen nicht durchgelassen, abgedrängt oder sogar eingekesselt, damit wurden die Einsatzkräfte mit Rückendeckung der politisch versagenden Rathauspitze – gewiss unwillentlich – objektiv in Handlanger der Neonazis verwandelt. Vor dem Hintergrund wachsender Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien sind von der Politik weniger Lippenbekenntnisse zu Zivilgesellschaft

und couragierter Bürgerschaft, sondern deren aktive Unterstützung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gefordert – in Leipzig und überall. Die Leipziger Linkspartei wird daher alle ihre Möglichkeiten nutzen, diese Oktoberereignisse kritisch und selbstkritisch auszuwerten und für den nächsten drohenden Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2007 die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

• VOLKER KÜLOW



Foto: Fiebelkorn

Splitter aus der Stadtratssitzung

Teure Fluss-Gräben

Auf ca. 700 000 Euro belaufen sich die Mehrkosten der Öffnung und Uferneugestaltung am Elstermühlgraben in der Jahnallee und am Pleißemühlgraben zwischen Riemannstraße und Bundesverwaltungsgericht. Ursachen sind u. a. ungenügende Baugrunduntersuchungen und aufwändige Geländerkonstruktionen. Stahl ist teuer geworden.

Engelsdorf in „WG“ mit LWB

Durch Stadtratsbeschluss erfolgt bis zum Jahresende die förmliche Verschmelzung der Wohnungsverwaltung Engelsdorf mit der LWB. Dank einer Sonderregelung, die nur bis Jahresende 2006 gilt, werden Steuern gespart. Engelsdorf gehört zu den wenigen Ortsteilen, die kommunale Wohnungsbestände nach Leipzig mitgebracht hatten. Lützschena-Stahmeln hatte seine kommunalen Wohnungen mieternah in eine Genossenschaft überführt. Wegen der Pleite der Kommunalen Dienstleistungsgesellschaft mit einem zweistelligen Millionenschuldenbetrag in Böhlitz-Ehrenberg



musste die Stadt auf die in der Gesellschaft befindlichen Kommunalwohnungen verzichten.

Auf die Plätze ...

Der Sporthallenbau am Heisenberggymnasium kann starten. Ein Planungsbeschluss bringt das im Ergebnis eines Wettbewerbs ausgewählte Projekt eines zweigeschossigen Gebäudes mit einer 1-Feld- und einer 2-Feldhalle samt Speisesaal auf den Weg. Parallel zur Entwurfsplanung laufen bereits die Abstimmungen mit der Oberfinanzdirektion Chemnitz wegen der Prüfung der Förderfähigkeit. Im 2. Halbjahr des kommenden Jahres wird mit dem Bau begonnen.

Keine überzeugenden Antworten

LN. Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Stadtwerkeanteilsverkauf hatte die Linksfraktion am 4. September 2006 (LN berichtete) grundsätzliche Fragen nach den nachteiligen Wirkungen des Vorhabens gestellt. Inzwischen liegen die Antworten der Stadtverwaltung vor. Die Linksfraktion sieht grundsätzliche Fragen nicht überzeugend beantwortet. Das betrifft die strategische Einordnung des Anteilsverkaufs, die künftige Sicherung des Nahverkehrs (der aus Stadt-

werkemitteln bezuschusst wird), die tatsächlichen Möglichkeiten einer nachhaltigen Haushaltsentschuldung und die weiteren Ziele, die mit dem Verkauf erreicht werden können.

Fazit: Die Linksfraktion muss den Verkauf als untaugliches Mittel für die nachhaltige Haushaltsanierung ablehnen. Möglichkeiten dafür sieht sie beispielsweise in der Ablösung des Gesellschafterdarlehens durch die LVV sowie durch Aktienverkäufe zu einem günstigen Zeitpunkt.

LN. Es geht also doch. Der Leipziger Stadtrat kann einstimmig beschließen, sogar wenn es um einen Antrag der Linksfraktion geht. So geschehen zur Ratssitzung am 19. Juli. Ein runder Tisch, daran beteiligt auch das Sächsische Staatsministerium und die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, wird langfristig die Finanzierung der von der Schließung bedrohten Gedenkstätte für Zwangsarbeiter sichern. Die erst deutsche Gedenkstätte für Zwangsarbeiter – 1944 befanden sich etwa 100 000 zivile Zwangsarbeiter und ca. 30 000 Häftlinge aus den Außenlagern des KZ Buchenwald im Raum

Gedenkstätte für Zwangsarbeiter Leipzig

Langfristige Sicherung

Leipzig im Arbeitseinsatz – war im Jahr 2000 auf Stadtratsbeschluss ins Leben gerufen und mit Unterstützung des Umweltforschungszentrums Leipzig/Halle GmbH auf dem Gelände des früheren Rüstungsbetriebes Hugo-Schneider-AG (HASAG) in einem ehemaligen Pfortnerhaus (Permoserstraße) eingerichtet. Volker Külow von der Linksfraktion hatte in der Antragsbeurteilung auch die in fünf Jahren geleistete, überregional an-

erkannte Arbeit der engagierten Vorsitzenden des Fördervereins, Charlotte Zeitschel, gewürdigt. Die inzwischen 80-Jährige hatte übrigens als 19-jährige Krankenschwester im Hilfslazarett in Taucha drei Schwerverletzte des von der SS in Abtnaundorf verübten Massakers behandelt und gepflegt. Sie ist ihrer Unterstützung für die ehemaligen Fremd- und Zwangsarbeiter der Leipziger Rüstungsbetriebe somit ihr ganzes Leben lang treu geblieben.

Nicht konsumieren, hinterfragen ...

49. Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm ab 30. Oktober

Grobkörnige, unscharfe Bilder. Menschen, die nach oben sehen. Einer hat eine Videokamera dabei und filmt das Gesehene. Wer sieht da was? Das diesjährige Motiv des 49. Internationalen Festivals für Dokumentar- und Animationsfilm ist anders als üblich: Es ist Kunst, es ist politisch, es ist dokumentarisch und zugleich fiktiv, es ist subjektiv, es verwirrt, macht neugierig und befremdet zugleich. Die Plakatmotive sind Ausschnitte aus dem Buch- und Filmprojekt „Terror Terra Errata“, der Diplom-Arbeit des Fotografen Martin Willner. Er greift das Thema vom Blick auf den Terror auf und verfremdet scheinbar bekannte mediale Bilder. Willners Motive sind echt, aber die Wahrhaftigkeit muss schon jeder Betrachter dieser jetzt in den Leipziger Straßen zu entdeckenden Plakate selbst hineinprojizieren: Der nach oben gerichtete, vermeintlich entsetzte Blick der Menschen auf dem diesjährigen Plakatmotiv ist nicht auf die brennenden Türme des World Trade Centers am 11. September gerichtet, sondern ... auf die Fahrgeschäfte eines Volksfestes.

In diesem Jahr wurden 2 500 Filme nach Leipzig eingereicht. Es gibt u. a. Sonderreihen über „gefälschte Dokumentarfilme“, den „arabischen Dokumentarfilm“ und über „Experimentalfilme aus der DDR“. Alles nicht rasch konsumierbar, sondern nachdenklich hinterfragbar. • M. Z.



49. INTERNATIONALES LEIPZIGER FESTIVAL FÜR DOKUMENTAR- UND ANIMATIONSFILM

30.10. – 05.11.2006

WWW.DOX-LEIPZIG.DE

DOX
LEIPZIG

Nachbemerkung:

Unter der Überschrift „Wer marschiert dort im Dunkeln mit?“, berichtete LEIPZIGS NEUE in der letzten Ausgabe über nächtlichen Vandalismus durchgeknallter Randalierer in den Räumen des Vereins „Mehrweg“ e.V., nach dem Konzert „Courage zeigen“ am Völkerschlachtdenkmal.

In diesem Zusammenhang gab es auch Irritationen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinen „Mehrweg“ und „Leipzig. Courage zeigen.“ Die Betreiber des einzigartigen „DDR-Spielzeugmuseums“ fühlten sich in ihren Bemühungen um Aufklärung dieser brutalen und gedankenlosen Straftat durch „Courage“ nicht genügend unterstützt. Vor einigen Tagen fand man sich noch einmal zusammen, sprach sich aus und erarbeitete ein gemeinsames Sicherheitskonzept für die nächste Konzerte am Völkerschlachtdenkmal 2007. Edda Möller von „Courage“ bat den „Mehrweg“-Vorsitzenden Michael Oertel wegen der bisherigen „Passivität“ ihrerseits um Entschuldigung.

• JO.

Man muss mehr tun ... als abwarten!

Seit 15 Jahren aktiv: Bürgerverein Waldstraßenviertel

Adlershofer Fernsehkameras sorgten im November 1989 auch im Waldstraßenviertel für Aufsehen. Ruth Geist-Reithmeier recherchierte für ihren Film: „Ist Leipzig noch zu retten?“ Die Bilder deprimierten: Holzkonstruktionen vor Hauseingängen, damit den darin Wohnenden keine Ziegelsteine auf den Kopf fallen. Abgestützte Fassaden. Dachrinnen, aus denen „Birken wachsen“. Undichte Dächer. Nicht nur die Ziegel gerieten aus den Fugen, sondern auch die Zeit und ein Land.

Aus dieser Stimmung heraus gründeten sich in der Stadt erste Bürgerinitiativen. Auch im Waldstraßenviertel, das nach der Ausstrahlung des Films plötzlich deutschlandweit im Gespräch war, gab es im Winter 1991 einen Aufruf, verbunden mit den Fragen: „Wer will mehr machen, als in seiner Wohnung nur den Lauf der Dinge abzuwarten? Wer will aktiv für die Belange des Waldstraßenviertels eintreten?“

Treffpunkt „Café Senior“

In den Räumen eines Cafés trafen sich die ersten Unentwegten. Zu ihnen gehörten: Kristina Ende, Brigitte Sanemüller, Barbara Baumgärtel und Frank Weser. „Ich bin zu dem Verein gekommen wie die Jungfrau zum Kind. Ich hatte den Aufruf gelesen, und als ich abends nach einer Versammlung nach Hause kam, war ich Mitglied des Vorstandes“ – erinnert sich die heutige Vorsitzende des Bürgervereins Barbara Baumgärtel. Das „Café Senior“ wurde erster Treffpunkt für Ratsuchende, Ratlose und Ratgebende. Da füllten viele Bürger ihre ersten Wohn-geldanträge aus oder ließen ihren neuen Rentenbescheid prüfen. Oftmals gab es Lebenshilfe für Überforderte. Barbara Baumgärtel kann da spannende und tragische Geschichten erzählen.

Es ging um die Zukunft des Viertels und der Bewohner. Inzwischen nannten sich die Unentwegten „Bürgerinitiative Waldstraßenviertel e.V.“ Ihr Ziel: die Zukunft des Gebietes mitzubestimmen und sich in laufende Diskussionen einzumischen, denn das Viertel war damals nicht als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Und mancher Anwohner hatte noch alte 70-er Jahre-Pläne im Hinterkopf: Jugendstilhäuser sollten abgerissen und Neubauten in die Waldstraße gesetzt werden. Der Vereinsvor-



Faksimille aus „Wir in Leipzig“ vom 28. Februar 1991

stand nahm deshalb rasch Kontakt mit dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung auf. Es ging auch darum, das Rechts- und Unrechtsbewusstsein vieler alteingesessener Mieter zu schärfen. Denn nicht nur in den Geschäften entlang der Waldstraße hatten sich die Angebote und Preise verändert. Man wollte – soweit das für einen Verein möglich ist – auch verhindern, dass das Gebiet langfristig nur zum Anwaltsviertel umgewandelt wird. 1991 ahnte auch noch niemand etwas von Rückgabeanträgen. Von Anbeginn kümmerte man sich besonders um die betagten Anwohner. Hausbesuche wurden organisiert, auch mal Frieden zwischen verunsicherten Bewohnern und mitunter sehr forschenden neuen Besitzern gestiftet.

Man rief mehrfach auf zum Herbstputz im Rosental. Hob das inzwischen legendäre, alljährliche Straßenfest in der Funkenburgstraße, das längst zum beliebten Anlaufpunkt auch für Stadtteilnachbarn wurde, aus der Taufe. Heute zählt der Bürgerverein fast 200 Mitglieder. Zwanzig aktive ehrenamtliche Mitstreiter geben eben-

Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – Gegen Extremismus und Gewalt“

verleiht im Rahmen des Wettbewerbs

„Aktiv für Demokratie und Toleranz 2004“

dem Bürgerverein Waldstraßenviertel e. V.

einen Preis für ein ideenreiches und wirkungsvolles Beispiel zivilen Engagements.

Dresden, den 14. April 2005.

falls Unterstützung. Vereinsräume in der Hinrichsenstraße wurden angemietet. Alles leicht gesagt, aber schwer getan.

Jüdische Spuren

Zwischen Rosental und heutigem Zentralstadion existierte bis zur faschistischen Pogromnacht ein Zentrum jüdischen Lebens in Leipzig. Die Aufarbeitung dieser Geschichte ist dem Bürgerverein ein besonderes Anliegen. Die Aktion „Stolpersteine“ (LN berichtete) wurde maßgeblich von der Arbeitsgemeinschaft „Jüdisches Leben“ des Vereins mitgetragen. Als der Streit um den Bau des Israelitischen Gemeindezentrums rund um die „Steinerne Thora“ eskalierte, erhob der Verein seine Stimme und lud zu Diskussionen und Gesprächen. Rundgänge durch die Synagoge wurden organisiert. Man feierte ein gemeinsames Pessach-Fest und beleuchtete Brauchtum zwischen Advent und Chanukka. Ein informativer Wegweiser „Auf jüdischen Spuren im Waldstraßenviertel“ erschien. Es gibt zur gleichen Thematik regelmäßig Führungen im Gebiet und Ausstellungen in den Vereinsräumen.

Sorgen und Träume

Derzeit steht die Fortführung der beliebten, aller zwei Monate erscheinenden, Broschüre WALD STRASSEN-NACHRICHTEN in den Sternen, da bisherige ABM-Stellen für die Mediengestalter nicht verlängert wurden. Irgendwann hat die Selbstausbeutung der Ehrenamtlichen auch ihre Grenzen. Trotzdem werden neue Projekte ins Auge gefasst und schon tiefgründig recherchiert. Ein Gründerzeitmuseum zum Anfassen soll hier entstehen. Es ist auch gelungen, für das kommende Jahr wieder einen attraktiven und bilderreichen Jahreskalender anzubieten. Und es ist unübersehbar: Die Zahl der Kinder im Viertel nimmt wieder zu und entsprechende Angebote zum Spielen und Musizieren auch. Also demnächst vielleicht ein neuer Treffpunkt im Viertel als „Café Junior“? Und die Hoffnung Barbara Baumgärtels: „Dass die aktiven Mitglieder noch aktiver werden, die Passiven aktiv und die Nichtmitglieder im Verein Mitglied. Und die Stadt den Verein nicht als Bedrohung, sondern als Partner empfindet.“

• MIZO

Theater mit Herz

Das Theater „Fact“ in der Leipziger Hainstraße feiert runden Geburtstag. Zehn Jahre besteht jetzt die Spielstätte unweit des Alten Marktes, glücklicherweise gerade dort, wo Kultur unterschiedlichster Art widersprüchlich pulsiert. Einen Namen hat sich das Ensemble mit bitter-süßen Komödien und luftigen Sommerstücken gemacht. Das Theater wurde 1995 gegründet. Im ersten Jahr tourte es mit Gastspielen durch die Szene und sammelte Geld für eine feste Spielstätte, bis das Domizil im Stadtzentrum gefunden wurde. Die Schauspieler und ihre Chefin, Ev Schreiber, legten selbst mit Hand an. Es wurde hergerichtet, umgebaut, renoviert. Am 6. Oktober 1996 konnte endlich eröffnet werden: „Scherben“ von Arthur Miller. „Zwölf verrückte Künstler haben das Theater aufgebaut“, so Intendantin Ev Schreiber rückschauend. Die gebürtige Reichenbacherin (Vogtland) übernahm 1999 die alleinige künstlerische Verantwortung. Sie selbst bezeichnet dies als „Zäsur“. Ihr „Sommernachtstraum“ (Sommertheater 1999) ging in Erfüllung, wurde vom Publikum „mitgeträumt“ und bot somit eine Perspektive. Für ein kleines Theater ist es wahrlich nicht leicht, die finanziellen Grundlagen zu sichern. Die fragwürdige Fördersituation, die beschränkten Mittel sorgten oft für schlaflose Nächte.

Die Sommertheater-Aufführungen waren und sind die „Fact“-Sternstunden. Selten ist soviel Faszination und Leidenschaft bei Theatermachern für das angeblich so leichte Sommer-



Ev Schreiber bittet: Treten Sie ein „zum Lachen und Heulen.“! Foto D. M.

10 Jahre „Fact“

vergnügen zu verspüren. Harte Proben. 15-Stunden-Tage. Und: Das Publikum applaudiert. Darüber freut sich Ev Schreiber besonders: „Theater hat was Gutes mit den Leuten angestellt.“ Es ist ihre persönliche Programmatik: „Sie sollen wieder fühlen. Zwischen Lachen und Heulen, diesen Moment möchte ich einfangen.“ Sie sucht und braucht den Kontakt zum Zuschauer: „Ich sitze oft an der Abendkasse. Auch das ist mir sehr wichtig. Der enge, fast innige Publikumskontakt.“ Und die Theaterkritik? „Was geschrieben wird, regt nicht mehr auf“, stellt sie für sich fest.

Woher kommt ihre Leidenschaft? Ev Schreiber hat sich schon als 13-Jährige mit dem Theatervirus im Potsdamer Schlosstheater infiziert. Dann folgten Stationen beim Amateurtheater. Ihr Lieblingsstück? Spontan antwortet sie: „Gespenster“ von Henrik Ibsen. Bei den Schauspielern setzt sie auf Profis und auch Quereinsteiger, deren „Ursprünglichkeit“ sie faszinierend findet. Am längsten ist Stefan Senf mit dabei: sieben aufreibende Jahre.

Für die Zukunft möchte sie „ihrem“ Theater eine breitere Ausrichtung geben: Eine Lesereihe im Foyer ist genauso geplant wie Nachwuchsförderung. Junge Regisseure und Schauspieler sollen sich ausprobieren können. Und selbstverständlich bleibt Ev Schreiber immer auf der Suche nach guten Komödien ... mit Herz.

• D. M.



Prozess überfällig

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) hat sich für eine Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens ausgesprochen, da die NPD zunehmend aus Landtagen heraus verfassungsfeindlich operiere. Das zeige vor allem die sächsische NPD-Landtagsfraktion.

Herr Hövelmann hat Recht. Ich habe unmittelbar nach dem berüchtigten „Bombenholocaust“-Eclat durch NPD-Redner im Januar 2005 erklärt: „Die NPD-Abgeordneten haben sich in der von ihrer Fraktion beantragten Aktuellen Debatte endgültig als Parteigänger von Faschismus und Nationalsozialismus entlarvt. Mögen die einzelnen Mitglieder der NPD-Fraktion durch das freie Abgeordnetenmandat geschützt sein, so zeugen die Reden dieser Fraktion insgesamt unzweifelhaft von ihrer Geisteshaltung. Mit den Reden der NPD-Abgeordneten im Sächsischen Landtag liegt neues Material für ein Verbotverfahren gegen die NPD vor.“ Inzwischen hat sich dieses Material weiter angehäuft. Zugleich sind wir allein in Sachsen mehr als ein Dutzend Mal im Jahr mit unerträglichen Nazi-Aufmärschen konfrontiert, die vor Gericht mit Verweis auf die Gesetzeslage rechtlichen Schutz erfahren. Eine ernsthafte Prüfung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens ist daher längst überfällig.

• PROF. DR. PETER PORSCH

Eine beredete Dreiviertelstunde

Was Gäste aus Leipzig am Freitag, dem 13., im Landtag erlebten

Wenn Politik immer so transparent wäre wie der Plenarsaal des Sächsischen Landtags! Dort kann man von der Straße hinein- und zur Elbe hinausschauen und als Besucher auch kurz den Debatten lauschen. Eine wahre Lehrvorführung erlebten Gäste des Abgeordneten Dr. Dietmar Pellmann am 13. Oktober.

14.15 Uhr. Die Besucher hören die letzten Worte von Elke Hermann (Fraktion Grüne) zum Tagesordnungspunkt „Schaffung einer humanitären Bleiberechtsregelung für langjährig in der Bundesrepublik Deutschland lebende Flüchtlinge (sog. Altfallregelung)“ – gemeinsamer Antrag der Grünen und der Linksfraktion. **14.18.** Dr. Cornelia Ernst (Linksfraktion) bekräftigt, weshalb der Antrag nötig ist. Der Landtag hatte den Innenminister am 22. Juni ersucht, sich in der Innenministerkonferenz (IMK) für eine

„humanitäre Altfallregelung“ einzusetzen. In einem Interview aber hielt Buttolo u. a. „alleinstehenden Ausländern, Ehepaaren ohne Kinder und auch Eltern mit Kindern im Vorschulalter ... eine Reintegration in ihrem Heimatland für zumutbar“. Dr. Ernst: „Das haben wir nicht beschlossen, Herr Minister! ... Ist Ihnen schon aufgefallen, dass auch aus Kleinstkindern irgendwann Schulkinder werden? ...“ **14.23.** Dr. Albrecht Buttolo (CDU) drückt auf die Tränenrüse: Es gehe ihm vor allem um die Kinder, die hier aufgewachsen sind. Er verweist auf die Gemengelage der IMK. Da Beschlüsse im Prozess des Verhandeln entstünden, laufe eine bindende Vorgabe darauf hinaus, dass überhaupt keine Regelung zu den „Altfällen“ zustande käme. Ein CDU-Abgeordneter haut in die gleiche Kerbe und wirft zudem den Antragstellern

Vermengung des Bleiberechts mit der Härtefallregelung vor. „Wir vertrauen auf das Verhandlungsgeschick von Dr. Buttolo.“ Frage Dr. Ernst: „Welche Rolle sollen Landtagsbeschlüsse spielen?“ **14.43.** Enrico Bräunig (SPD) verweist auf den Juni-Beschluss. Es bedürfe keiner weiteren Aufforderung an den Minister. Frage Dr. Ernst: Herr Bräunig, gehören Sie zu den Mitgliedern der SPD, die die Interview-Äußerungen des Staatsministers kritisiert haben? Bräunig: Buttolo habe heute geklärt, wie er zu verstehen sei. Hier werde versucht, die SPD in die Enge und einen Keil zwischen die Koalition zu treiben. Zwischenruf: „Es geht um Menschen!“ **14.48.** Jürgen Gansel (NPD, schmächtiger Westimport), zum Innenminister: „Ihr Amtsvorgänger Hardraht forderte Beugehaft für Asylbewerber, wenn sie ihre Pässe vernich-

ten. Außerdem forderte er Sachleistungen statt Geldzahlungen.“ Dann wimmelt's von Vokabeln wie Asylbetrüger, erschleichen, ergaunern. Alle „Blockparteien“, die fürs Bleiberecht seien, verstießen gegen geltendes Recht. „Wenn wir die Reste des Sozialstaates retten wollen, müssen wir die Rechte auf Bürger des Staats beschränken.“ (Massive Zwischenrufe der Linksfraktion.) „Immer mehr Menschen erkennen Ihre sozial maskierte Politik der Inländerfeindlichkeit!“ **14.55.** Dr. Jürgen Martens (FDP) erteilt der Hetze eine scharfe Abfuhr. Zum Antrag werde sich die FDP der Stimme enthalten.

Von Dr. Pellmann erfahren die Gäste später: Linke und Grüne brachten einen Änderungsantrag zum strittigsten Satz ihres Antrags ein. CDU und SPD lehnten ab – um den Gesamtantrag abzulehnen. • GOTTFRIED BRAUN

Hartz IV: Große Städte benachteiligt

Während die Auseinandersetzungen um eine neue „Gesundheitsreform“ hohe Wellen schlagen, scheint ein anderes akutes Thema eher in den Hintergrund zu treten: Wie hoch werden ab 1. Januar 2007 die Zuschüsse des Bundes an die Kommunen für Unterkunft- und Heizungskosten von Alg-II-Empfängern sein?

Das ist insofern verhängnisvoll, als auch den sächsischen Kommunen zusätzliche finanzielle Belastungen drohen, die deren Haushalte endgültig außer Kontrolle bringen könnten. Bisher beteiligte sich der Bund mit 29,1 Prozent an den Unterkunftskosten für Alg-II-Empfänger. Ginge es nach den Vorstellungen der Bundesregierung, so soll es bundesweit nur noch 2 Milliarden Euro geben – ein Defizit von 3,5 Milliarden Euro gegenüber dem Ist-Zustand. Proteste der Staatsregie-

rung gegen diesen Sparkurs der Bundesregierung auf dem Rücken der Kommunen sind gegenwärtig kaum zu vernehmen.

Hinzu kommt, dass Sozialministerin Orosz an der bisherigen Praxis der Weiterleitung der Zuschüsse festhalten will. Da nach wie vor nicht die Aufwendungen der Kommunen als alleiniges Verteilungskriterium herangezogen werden, sind Kommunen mit vielen Bedarfsgemeinschaften erheblich benachteiligt. Hier werden Landkreise, die mehrheitlich von der CDU regiert werden, bevorteilt und gegen kreisfreie Städte ausgespielt. Allein der Stadt Leipzig entstehen im laufenden Jahr 23,4 Millionen Euro nicht gedeckte Kosten.

Die Linksfraktion wird beantragen, den ungerechten Verteilungsschlüssel zu ändern.

• DR. DIETMAR PELLMANN

Etikettenschwindel

LN. Noch am Tag der Schülerdemo vor dem Landtag machte die Regierungskoalition einen halben Rückzieher: Das Kurssystem an Gymnasien soll beibehalten werden. Doch die am 10. Oktober vorgelegte Stundentafel für die Oberstufe ist nicht fundiert.

Die Linksfraktion des Landtags verlangt eine klare Beschreibung der Zielvorstellungen und konkrete Ausformung der neuen Oberstufe. „Die über die Stundentafel erfolgte Einigung von CDU und SPD erscheint als Etikettenschwindel“, erklärte Julia Bonk, schulpolitische Sprecherin der Fraktion. „So soll formal am Kurssystem festgehalten werden, die verbindliche Belegpflicht z. B. für alle Naturwissenschaften, Mathematik oder Deutsch als Leistungskurse lässt jedoch keine individuellen Schwerpunktsetzungen zu.“

Hürden runter!

LN. Die Grünen-Fraktion legte am 5. Oktober einen Gesetzentwurf zu kommunalen Bürgerentscheidungen vor. Ein Bürgerentscheid soll eingeleitet werden können, wenn sich fünf Prozent der Wahlberechtigten dafür aussprechen – zurzeit liegt die Hürde bei 15 Prozent. Ein Bürgerbegehren (das den Bürgerentscheid fordert) soll als erfolgreich gelten, wenn jeder zehnte Wähler mit Ja gestimmt hat.

Die Quoren zur Einleitung eines Abwahlverfahrens gegen Bürgermeister und Landräte sollen von einem Drittel auf 20 Prozent sinken. Die Abstimmung soll schon bei einer Beteiligung von 25 Prozent gültig sein (jetzt 50 Prozent). „Es kann doch nicht sein, dass mehr Bürger der Abwahl zustimmen müssen, als den Bürgermeister gewählt haben“, sagte MdL Johannes Lichdi.

3. Oktober

Leipzig. Rund 3000 Demonstranten, die Hälfte davon „Autonome“, stellen sich dem Hamburger Neonazi Worch und seinen Anhängern entgegen. Eine Sitzblockade verhindert den geplanten Rückmarsch der 209 Rechtsradikalen durch die Innenstadt. Zuvor kesselt die Polizei etwa 50 Schüler, vor allem Gymnasiasten, ein und inhaftiert sie mehrere Stunden.

Dresden. Die Linkspartei fordert Versetzung von Angelika Barbe (CDU). Die Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung hatte eine Kampagne gegen die jetzige Bildungsministerin Eva-Maria Stange initiiert.

4. Oktober

Leipzig. Ein Autokorso hupt gegen drohenden DHL-Nachtflugverkehr und mangelhaften Lärmschutz. 75 000 Menschen leben in der Nachtschutzzone um den Flughafen Halle-Leipzig.

Kamenz. Während Gaststätten Sachsens im 1. Halbjahr drei Prozent Umsatz einbüßten, erzielten Hotels und Pensionen ein Plus von acht Prozent, teilt das Statistische Landesamt mit.

SACHSEN-CHRONIK

3. bis 16. Oktober

5. Oktober

Meerane. Rund 150 Bürger protestieren gegen rechtsradikale Gewalt. Anlass sind mehrere Anschläge auf das Haus des ehemaligen PDS-Landtagsabgeordneten Uwe Adamczyk. Gegen den Protest demonstrieren etwa 60 Rechtsextreme.

6. Oktober

Dresden. Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig wirft dem Landesamt für Verfassungsschutz Verfassungsbruch vor. Es beobachte illegal Organisierte Kriminalität.

7. Oktober

Dresden. Linkspartei und WASG in Sachsen wollen bei der Bildung einer neuen linken Partei eine Vorreiterrolle spielen, bekräftigen die Vorstände beider Parteien. **Pirna.** Der 20. Parteitag der sächsischen CDU stellt sich hinter das von Georg Milbradt geforderte Familien-Splitting bei

der Steuer, das Reiche mit Kindern bevorteilt. Milbradt wendet sich gegen das kostenlose Angebot eines Vorschuljahrs.

8. Oktober

Dresden. Die Zahl psychotherapeutischer Behandlungen stieg in Sachsen in fünf Jahren um mehr als 60 Prozent auf 370 000, berichtet Hitradio RTL Sachsen.

Oschatz. Die Landesgartenschau schließt. Sie hatte insgesamt 520 000 Besucher.

11. Oktober

Dresden. Der Landtag hebt die Immunität der NPD-Abgeordneten Holger Apfel, Winfried Petzold und Klaus-Jürgen Menzel auf. Sie können damit strafrechtlich belangt werden.

Die CDU-SPD-Mehrheit des Landtags lehnt Vorschläge der Linksfraktion zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Personalratswahlen ab.

12. Oktober

Leipzig. Verleger Elmar Faber stellt die ersten zwölf Bänder der Reihe „Unsere Kinderbuch-Klassiker“ vor, assistiert von Werner Heiduczek, Christoph Hein und Illustrator Egbert Herfurth.

Dresden. Ein Gesetzentwurf der Grünen, der die Aufnahme von Gütern des Weltkulturerbes ins Denkmalschutzgesetz vorsieht, geht an fünf Landtagsausschüsse.

Den von der Linksfraktion beantragten Bestandsschutz für das Netz sorbischer Schulen lehnt die Koalitionsmehrheit ab.

13. Oktober

Leipzig. Das nichtärztliche Personal der Uniklinik streikt unbefristet für einen Haustarifvertrag.

14. Oktober

Chemnitz. Rund tausend Menschen protestieren gegen Nazi-Versandhandel.

Dresden. Etwa hundert Jugendliche randalieren in der Nacht zum Sonntag in der Neustadt und errichten Barrikaden.

15. Oktober

Dresden. Sozialministerin Helma Orosz fordert, Tabakwaren erst an Kunden ab 18 Jahren (statt 16) zu verkaufen.

Wenige Tage nachdem der Hamburger Neonazi Worch in Leipzig seine Herden marschieren ließ, besuchten Leipziger Antifaschisten Stätten des antifaschistischen Widerstandskampfes in Lübeck und Hamburg.

In Lübeck trafen sie mit dem Kommunisten Fritz Bringmann, einen Lübecker Antifaschisten, der während der Zeit des Hitler-Regimes unter anderem in den KZ Sachsenhausen und Neuengamme eingekerkert war. Er berichtete während eines Stadtrundganges über seine Erfahrungen und Erlebnisse mit Nazis vor und nach 1945.

So zeigte er, wo zum Beispiel in Skandinavien für den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf gedruckte Plakate und Flugblätter in der Lübecker Hafengegend gelagert und verteilt wurden. Nur sehr wenige dieser Agitationsmittel erreichten ihre Ziele im gesamten Reichsgebiet nicht. Auch über sein Wirken in den ersten Jahren nach dem Krieg berichtete Fritz Bringmann. Die britische Besatzungsmacht hatte viele Nazikader, die bereits vor 1945 in der Stadtverwaltung und am Gericht arbeiteten, einfach weiterbeschäftigt – ohne sie zu überprüfen. Er selbst übergab im August 1945 eine Liste mit 30 Alt-Nazis dem britischen Secret Service in Lübeck. Einige wurden danach aus ihren Ämtern entfernt.

Interessant in diesem Zusammenhang: Bringmanns bekam damals von einem britischen Offizier die Information, dass in England eine „Freie Deutsche Jugend“ von dort lebenden Emigranten gebildet worden war. Nachdem dieser Offizier ihm weiteres Informationsmaterial zu dieser Organisation übergeben hatte, beteiligte Fritz sich am Aufbau der FDJ in Norddeutschland.

Auch heute als 88-jähriger ist Fritz Bringmann aktiver Antifaschist. Soweit es seine Gesundheit erlaubt, ist er noch immer mit Schulklassen, Jugendweihgruppen und anderen am Kampf gegen Faschismus Interessierten in Lübeck und Hamburg unterwegs. Hier erinnert er besonders auch an die unsinnigen Opfer des 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht. Dort starben damals mehrere Tausend KZ-Häftlinge, die von den Nazis auf Schiffe verfrachtet worden waren. Britische Bombenflugzeuge erfüllten ihren Befehl, Deutschlands Schiffsflotte endgültig zu vernichten. (LN berichtete im vergangenen Jahr über diese Tragödie.)

Die meisten Häftlinge, die damals umkamen, stammten aus dem KZ Neuengamme. Der dort entstandenen Gedenkstätte stattete die Reisegruppe am zweiten Reisetag einen Besuch ab.

Der Aufbau der Gedenkstätte begann in den fünfziger Jahren zuerst mit einem Denkmal. Zu dieser Zeit befand sich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers bereits wieder eine



Die Leipziger Reisegruppe vor der Thälmann-Gedenkstätte in Hamburg

Antifaschisten unterwegs in Norddeutschland



Fritz Bringmann im Gespräch mit Reiset Teilnehmern in Lübeck

funktionierende Haftanstalt. Ständig modernisiert, konnte sie, trotz vieler Proteste, noch bis zum Jahr 2003 weiter betrieben werden. Erst dann wurde das Gelände des KZ zu einer kompletten Gedenkstätte umgebaut. Die bereits vorher bestehende Ausstellung konnte inzwischen in größere Räume umziehen und ihre Ausstellungsfläche fast verdreifachen.

Viele Exponate zeigen den Häftlingsalltag im KZ Neuengamme. Sie zeugen von den unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Häftlinge leben und arbeiten mussten. Viele fanden den Tod. Die Namen derer, die bekannt sind, wurden in einem elektronischem „Totenbuch“ zusammengefasst. Die Grundlage dafür bil-

det eine „Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933 – 1945“, die die Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten e. V. (VAN) Hamburg bereits im Jahre 1968 veröffentlichte.

Am letzten Tag der Reise standen dann die Thälmann-Gedenkstätte und eine Hafensrundfahrt in Hamburg auf dem Plan.

Am 1985 in Hamburg eingeweihten Ernst-Thälmann-Platz befindet sich seit 1969 eine Ernst-Thälmann-Gedenkstätte. In ihr gibt es zur Zeit zwei Ausstellungen zu sehen. Erstere, die Standardausstellung, zeigt den Lebensweg Ernst Thälmanns. Die zweite, dem aktuellen Anlass

gewidmet, befasst sich mit dem 50. Jahrestag des Verbots der KPD in der Alt-BRD.

Auch in dieser Gedenkstätte sind viele Originale aus der Zeit des antifaschistischen Widerstandes zu sehen. So wird dort unter anderem eine Schreibmaschine und ein Abziehapparat aus der Zeit Ende der zwanziger /Anfang der dreißiger Jahre gezeigt. Beide wurden zur Herstellung unzähliger Flugblätter und Handzettel verwendet.

Wie in Neuengamme am Standort des ehemaligen Krematoriums legte die Reisegruppe auch an der Ernst-Thälmann-Gedenktafel ein Blumengebilde zum ehrenden Andenken nieder.

Der letzte Höhepunkt dieser Fahrt war eine „alternative Hafensrundfahrt“ durch den Hamburger Hafen. Sie wird in Zusammenarbeit der VVN mit der Gedenkstätte Neuengamme durchgeführt und führt durch Hafengebiete, die eng in Verbindung mit der Zeit 1938 – 1945 und dem KZ Neuengamme in Verbindung stehen.

Der Hamburger Hafen war Standort vieler sogenannter Außenlager des KZ Neuengamme. Hier arbeiteten Tausende Häftlinge bei der Schiffsbe- und -entladung. Viele starben aufgrund der unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Hafen war aber auch ein Ort des antifaschistischen Widerstandskampfes. Besonders stark wirkte hier die Widerstandsorganisation Bästlein-Jacob-Abshagen, die bis zu 400 Mitglieder hatte. Ein Teil der Führung der Widerstandsgruppe fiel den Nazis in die Hände und wurde auf Befehl Himmlers im Februar 1944 in Hamburg und im KZ Neuengamme hingerichtet.

Am Ende der dreitägigen Reise konnte festgestellt werden: Es gibt im Westen Deutschlands würdige Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes. In oder mit ihnen arbeiten engagierte Kräfte, die dieses Kapitel deutscher Geschichte wachhalten. Bei den Leipziger Antifaschisten hat diese Reise bleibende Eindrücke hinterlassen.

• RALF FIEBELKORN



Die vom Wrack der „Cap Arcona“ gerettete Schiffsglocke.

Fotos: Fiebelkorn

Ungarn 1956

Vom demokratischen Protest

Kürzlich besuchte US-Präsident Bush Ungarn. „Ich bin hier, um die Revolution von 1956 zu feiern“, sagte er vor seinem Treffen mit dem ungarischen Präsidenten Laszlo Solyom. Die LVZ titelte ihren Bericht über diesen Besuch: „US-Präsident verneigt sich in Budapest vor Helden des Volksaufstandes“.

Diese und anderen Meldungen bzw. Berichte aus Anlass der Ereignisse in Ungarn im Oktober 1956 veranlassten Leser unserer Zeitung zu fragen, was nun im Einzelnen tatsächlich vor 50 Jahren passiert war. Der nachstehende Beitrag, der kein in jeder Hinsicht vollständiges Bild zeichnen kann, stellt sich die Aufgabe, bestimmte unleugbare Tatsachen jener Tage zu schildern.

Von KURT SCHNEIDER

Im September 1944 befreite die Rote Armee das mit Nazideutschland verbündete Ungarn von der Herrschaft des faschistischen Horthyregimes. Kommunisten und Sozialdemokraten begannen gemeinsam, eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung einzuleiten. Im Juni 1948 wurde die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten zur „Partei der Ungarischen Werktätigen“ (PUW) vollzogen.

Als ein schwerer Fehler erwies sich jedoch, dass bereits ab Sommer 1947 der Übergang von der revolutionär-demokratischen Umwälzung zur sozialistischen Revolution und damit zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ erfolgt war. Die Auswirkungen waren schwerwiegend. Eine dogmatische und sektiererische Politik hatte zu großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und schweren politischen Spannungen geführt. Die weitgehend administrative Politik war von Verhaftungen, Verurteilungen und nicht wenigen Todesurteilen begleitet. In weiten Teilen der Bevölkerung herrschte eine explosive Unzufriedenheit. Die Ereignisse nach Stalins Tod 1952 führten dazu, dass der Chef der „Partei der Ungarischen Werktätigen“, Mátyás Rákosi, als Ministerpräsident abtreten musste. Sein Nachfolger, Imre Nagy, setzte nunmehr Reformen in Gang, wodurch er in einen scharfen Konflikt mit Moskau geriet. In Folge der heftigen Kritik an der ungarischen Reformpolitik wurde Nagy gezwungen, im April 1955 als Ministerpräsident zurückzutreten. Wenig später erfolgte sein Ausschluss wegen „Titoismus“ aus der Partei.

Aggressives Monopolkapital witterte Chance

Die Kritik des XX. Parteitages der KPdSU (Februar 1956) an Stalin – und damit an der politischen Ordnung und gesellschaftlichen Verfasstheit der Sowjetunion – verschärfte die ohnehin kritische Lage. Während sich militante Antikommunisten in ihren Auffassungen bestätigt sahen, fühlten sich viele ungarische Kommunisten zutiefst erschüttert, enttäuscht und



Nach dem Überfall auf die Budapester Stadtparteileitung wurden sechs Wachsoldaten halbtot geschlagen und auf dem Platz der Republik an den Füßen aufgehängt.

betrogen. Wie in anderen sozialistischen Ländern, so begann auch in Ungarn eine breite Entstalinisierungs-Debatte, vor allem in dem 1955 in Budapest gegründeten „Petöfi-Club“ und den überall im Lande gebildeten „Petöfi-Kreisen“. Rede- und Pressefreiheit sowie die Rehabilitierung von Stalinopfern standen hierbei im Mittelpunkt. Insgesamt stellte sich die Frage nach der Alternative für die Entwicklung des Sozialismus.

Am 18. Juli 1956 tritt Rákosi von der Funktion des Ersten Sekretärs der „Partei der Ungarischen Werktätigen“ zurück. An seine Stelle tritt Ernő Gerő. Janos Kádár und Ferenc Münnich wurden ins ZK kooptiert. Veränderungen werden sichtbar. Hunderte politische Gefangene kommen frei. Eine Versöhnung mit Jugoslawien wird eingeleitet. Der ehemalige Außenminister Laszlo Rajk – im Oktober 1949 als „Titoist“ hingerichtet – wird am 2. August 1956 rehabilitiert. Am 6. Oktober findet für ihn und weitere damals zum Tode Verurteilten ein Staatsbegräbnis statt.

Die aggressivsten Kreise der internationalen Monopolbourgeoisie sahen, im Bunde mit rechtsextremen ungarischen Emigranten, in dieser zugespitzten Krisensituation eine einzigartige Chance, ihre über Jahre hinweg mit geheimdienstlichen Aktivitäten unternetzte Strategie, die noch labile sozialistische Gesellschaftsordnung zu liquidieren, in die Tat

umzusetzen. Hierbei stützten sie sich auf Kräfte im Inneren des Landes, die bereit und in der Lage waren, eine Konterrevolution selbst mit dem Risiko eines internationalen militärischen Konflikts durchzuführen. Den Emigrantenorganisationen, darunter das „Kameradenbündnis ungarischer Kämpfer“ und „Bürger des freien Europas“, standen die Sender *Freies Europa*, *RIAS Berlin* und *Stimme Amerikas* zur Seite.

Vom friedlichen Protest zur organisierten Konterrevolution

Am 23. Oktober 1956 kommt es in Budapest im Anschluss an eine friedliche Studenten-Demonstration mit etwa 300 000 Teilnehmern zu Aktionen, die gegen die sozialistische Staatsordnung gerichtet sind. Bewaffnete Gruppen provozieren zunächst Zwischenfälle. Danach werden in der Nacht der Rundfunksender und das József-Fernsprechamt für Überlandgespräche gestürmt, Arsenal und Großgaragen besetzt. Zivilpersonen sind in der Lage, sich innerhalb einer Stunde Waffen und Munition aus naheliegenden Polizeiposten und Kasernen und später – bis Mitternacht – aus Waffen- und Munitionsfabriken in Budapester Vororten zu beschaffen. In den TEFU-Depots (Lastwagen-Depots) werden allein in der Nacht auf den 24. Oktober etwa 150 Last-

wagen entwendet und für die Beförderung von Truppen, Waffen und Munition genutzt.

Am Tag darauf erfolgen Angriffe auf mehrere Fabriken, das Gebäude von *Szabad Nép* (Zentralorgan der UPW) und das Parlament. Auf letzteres wurde von den Dächern des Landwirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Bauwesen sowie des Parlamentsrestaurants mit Maschinengewehren gefeuert. Zwei ungarische Tanks unterstützten den Angriff. Die Zahl der Toten liegt bei etwa 30. Ein militärisch sorgfältig vorbereiteter konterrevolutionärer Mechanismus hatte sich, generalstabsmäßig geführt, in Gang gesetzt. Es ist ein Aufstand, der in vielerlei Hinsicht an das Vorgehen der Konterrevolution gegen die Ungarische Räterepublik im Jahre 1919 erinnert.

Nagy mit Moskau Segen erneut Ministerpräsident

Unter dem Druck der Ereignisse nahm die Führung der Partei der Ungarischen Werktätigen eine Umbildung des Politbüros, in das Imre Nagy und der Philosoph György Lukacz kooptiert werden, und der Regierung vor. Am 24. Oktober wird Imre Nagy erneut Ministerpräsident. Das geschieht in der Erwartung Moskaus, mit Nagy als einstigem Opfer stalinistischer Politik wieder Herr der Lage zu werden, ähnlich wie es in Polen mit W. Gomulka gelungen war. Doch im Unterschied zu Polen, sind in Ungarn die Aufständischen bewaffnet und agieren als eine relativ geschlossene militärische Formation. Am 25. Oktober beginnt die Staatssicherheitsbehörde gemeinsam mit sowjetischen Truppen, die in Ungarn im Rahmen des Warschauer Vertrags stationiert sind, gegen die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution vorzugehen, während die ungarische Volksarmee und die Polizei wegen ihres instabilen Zustandes weitgehend ferngehalten werden. Die Grundlage für das Eingreifen der sowjetischen Truppen ist das Ersuchen des Vorgesängers von Imre Nagy. Die zunächst defensiv eingestellten Sowjets werden massiv angegriffen. Den Aufständischen gelingt es, massenweise sowjetisches Kriegsgeschütz zu erbeuten, darunter Geschütze, intakte Panzer und Raketenwerfer. Als es am 26. Oktober zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen kommt, sind bereits etwa 600 Ungarn, davon 150 Sicherheitskräfte, und 350 sowjetische Soldaten gefallen.

Am 28. Oktober verkündet Nagy, der die Ereignisse als nationales und demokratisches Aufbegehren beurteilt, im Rundfunk, dass die Revolution gesiegt habe und er bereit sei, die wichtigsten Forderungen der Aufständischen zu erfüllen. Am selben Tag löst die Nagy-Regierung die Staatssicherheitsbehörde auf. Zugleich lehnte sie die weitere Hilfe der sowjetischen Truppen ab, verbunden mit der Aufforderung, Budapest zu verlassen, was auch geschieht.

Mordterror geht weiter

Während eine Vielzahl von „demokratischen“ Parteien wie Pilze aus dem Boden schießt, die auf die Wiederherstellung einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinzuwirken beabsichtigen, wird am 30. Oktober die Partei der Ungarischen Werktätigen (900 000 Mitglieder)

zur mörderischen Konterrevolution

aufgelöst und das Gebäude der Buda-
pester Parteileitung am Platz der Repu-
blik durch vierstündiges Artilleriefuer
der Aufständischen schwer beschädigt.
Danach wird das Gebäude gestürmt.
Über 20 noch lebende politische Mitar-
beiter und Sicherheitskräfte werden
bestialisch getötet. Ebenso wird am 30.
Oktober eine weitere Umbildung der
Regierung vollzogen, die am 1. No-
vember den Austritt Ungarns aus dem
Warschauer Vertrag erklärt.

Anzumerken ist, dass am 29. Oktober
1956 im Nahen Osten der Krieg zwischen
Israel und Ägypten – letzteres Verbün-
deter der UdSSR – begonnen hatte. Israe-
lische Truppen stießen bis zum strate-
gisch höchst bedeutsamen Suez-Kanal
vor. Briten und Franzosen, militärisch auf
Seiten Israels stehend, versuchten die
Wiederherstellung der „Suez-Kanal Ge-
sellschaft“ zu erreichen.

Peter Gosztony schrieb darüber kürzlich
in *Das Parlament*: „Es war nun klar, dass
diese Staaten die politische Krise der
Sowjets in Ungarn zu nutzen gedachten,
um ihrer Aktion gegen Ägypten zum
Sieg zu verhelfen.“

Rákosi beauftragt faschistischen Kollaborateur mit Armeeaufbau

Zum Oberkommandierenden der neu
gegründeten „Nationalgarde“ – zusam-
mengestellt aus Restteilen der Armee und
Polizei sowie der zahlreichen selbstbe-
waffneten Gruppen Aufständischer –
hatte die ungarische Regierung unter dem
Druck von alten Horthy-Politikern,
Aristokraten u. dgl. den ehemaligen Offi-
zier des Horthy-Generalstabs Béla Király
ernannt. Dieser Mann, der im zweiten
Weltkrieg an der Seite Nazideutschlands
kämpfte, mit dem Ritterkreuz und ande-
ren hohen Orden ausgezeichnet worden
war und dennoch von Rákosi mit dem
Aufbau der Volksarmee beauftragt wur-
de, war 1951 wegen Spionage für die
USA zum Tode verurteilt worden. Nach
fünf Jahren Haft im September 1956 en-
lassen worden, übernahm er nunmehr die
militärische Führung des Aufstandes. Zu
allem bereit und auf einen Waffengang
der USA hoffend, fordert er am 3. Ok-
tober Nagy auf, der Sowjetunion den
Krieg zu erklären oder ihn, Király, damit
zu beauftragen – ein Ansinnen, das Nagy
eindeutig ablehnte.

Rückblickend schreibt der *Spiegel* am 2.
Oktober 2006: „Gleichzeitig trommelte
Washingtons propagandistischer Arm,
der Sender Radio Free Europe (RFE), aus
dem sicheren München die Landsleute in
Ungarn zum Kampf gegen das sowjeti-
sche Besatzungsregime und zur Abkehr
vom Kommunisten Nagy. Viele Aufstän-
dische bezeugen, sie hätten die Kämpfe
nur lange nicht eingestellt, weil RFE den
Eindruck vermittelt habe, ein Waffengang
der USA stünde unmittelbar bevor.“

Derzeit wütete die Konterrevolution un-
behindert in den Straßen der Hauptstadt
und in den meisten Ortschaften des Lan-
des. Der aus Ungarn stammende DDR-
Historiker Rochus Door berichtet in sei-
nem Buch „Neueste Geschichte Un-
garns“ (1981), dass bewaffnete Banden
von Haus zu Haus zogen und nach aus-
gegebenen Listen Kommunisten, Partei-
und Staatsfunktionäre, oftmals mit der

ganzen Familie, und auch staatsverbun-
dene Parteiose ermordeten. Eine regel-
rechte Jagd erfolgte auf Angehörige der
Staatssicherheit (AVO), die gehenkt,
erschossen oder zu Tode gemartert wur-
den. Allein in Budapest fielen, wie Door
vermerkt, etwa 1800 Menschen dem
Mordterror zum Opfer. Weitere 12971
wurden mit Verletzungen in Krankenhäuser
eingeliefert.

Kardinal Mindszenty heizt Lage weiter auf

Amtliche Dokumentationen belegen,
dass 2829 Personen, hiervon 558 Zi-
vilisten, von den Konterrevolutionären
verhaftet worden waren, die teilweise
bereits ihr Todesurteil erhalten hatten.
Eine Massenhinrichtung in Budapest war
für den 6. November geplant. Da die
Konterrevolutionäre außer Faschisten
und Kriegsverbrecher 9962 Kriminelle
aus den Gefängnissen befreit hatten,
waren zahlreiche kriminelle Elemente zu
den konterrevolutionären Truppen ge-
stoßen und beteiligten sich an Mord,
Raub und Plünderung. Ein bestialisches
konterrevolutionäres Gemetzel überzog
das ganze Land.

„Die überwiegende Mehrheit der Re-
volutions- und Nationalkomitees“,
schreibt Door, „befand sich in Händen
faschistischer und klerikal-faschistischer
Elemente“. Am 31. Oktober wurde Kar-
dinal Mindszenty, der auf Schloss Fel-
söpeteny Hausarrest hatte, im Triumph-
zug nach Budapest gebracht, wo er offen
zur restlosen Liquidierung der volksde-
mokratischen Ordnung aufrief. Er selbst
sollte als ein „über den Parteien stehender“
politischer Führer in den Vorder-
grund treten, mit dessen Hilfe die Massen
der Gläubigen gewonnen werden sollten.
Mindszentys Auftreten war das Signum
dafür, gegen die Anhänger einer Restau-
ration des Kapitalismus zur Gegenof-
fensive überzugehen.

„Unser guter König Janos“ übernimmt Macht

Am 1. November kündigt Janos Kádár
die Bildung der „Ungarischen Sozialisti-
schen Arbeiterpartei“ (USAP) an. Am
Tag darauf wird ein Provisorisches Exe-

kutivkomitee der USAP gebildet, das
daran geht, Kommunisten/Sozialisten zu
sammeln und Parteiorganisationen zu bil-
den. Am 2. und 3. November sind Kádár
und weitere ungarische Kommunisten in
Moskau. Hier wird die Linie für die näch-
sten Wochen und Monate festgelegt.

In einem „Offenen Brief an das werktätige
Volk Ungarns“ vom 4. November in-
formierten Antal Apro, Janos Kádár, Ist-
van Kossa und Ferenc Münnich über den
Bruch mit der Nagy-Regierung und die
Bildung einer neuen Regierung. In einem
„Aufruf an das ungarische Volk“ vom sel-
ben Tag verkündet die Kadar-Regierung
ihr Programm. Gleichfalls am 4. Oktober
wandte sich die neue ungarische Regie-
rung mit einem Ersuchen um mi-litä-
rische Unterstützung zur Nieder-schla-
gung der Konterrevolution an die Regie-
rung der UdSSR.

Die konterrevolutionären Aufständischen
kämpfen noch sieben Tage auf Befehl
Királys. Dann löst Király die von ihm
formierte „Nationalgarde“ auf und flieht
über die Grenze nach Österreich. Nagy
hatte sich mit 14 seiner Anhänger in die
jugoslawische Botschaft gerettet, wo er
sich 18 Tage lang aufhält. Später wird
Nagy zum Tode verurteilt und am 16.
Juni 1958 hingerichtet. Király entgeht
dem Strang durch Abwesenheit.

Bis zum April 1957 herrscht in Ungarn
der Ausnahmezustand. Nach offiziellen
Angaben hatten 2652 Ungarn und 652
Sowjetsoldaten den Tod gefunden.

Nagy's Hinrichtung nicht gerechtfertigt

Bei der Beurteilung der dramatischen
Ereignisse in Ungarn 1956 darf nicht
übersehen werden, das nicht wenige, die
insbesondere anfangs an den Aktionen
gegen das politische System im Lande
beteiligt waren, nicht den zielbewussten
konterrevolutionären Kräften zuzuordnen
sind. Sie handelten ehrlichen Herzens im
Glauben, die deformierten gesellschaftli-
chen Verhältnisse in Richtung eines
demokratischen Sozialismus verändern
zu können. Das traf sowohl auf Arbeiter
und Bauern, als auch auf Schriftsteller
und Künstler zu. Ihr Handeln diente auch
der Überwindung einer Politik der Verlet-

zung der nationalen Gefühle.

Ebenso bedacht ist m. E. die Rolle von
Imre Nagy, der bereits seit 1953 einen
demokratischen Sozialismus mit nationa-
len Gegebenheiten angestrebt hatte, zu
beurteilen. Er hatte in höchst dramati-
scher Situation die Geschäfte der Re-
gierung übernommen, die schwach und
labil war und der keine handlungsfähige
Partei und keine regierungstreue Armee
zur Seite stand. Der Druck der Straße auf
die Regierung begrenzte radikal ihren
Spielraum. Hinzu kam der Zwang, der
sich aus der Mitgliedschaft Ungarns im
Warschauer Vertrag und aus dem Sicher-
heitsbedürfnis der UdSSR ergab. Ebenso
hatte die Verschärfung der internationa-
len Lage durch die Entwicklung im Na-
hen Osten und die Krisensituation in den
sozialistischen Ländern und in der kom-
munistischen Weltbewegung ihre Aus-
wirkungen auf die Lage, in der sich die
Nagy-Regierung befand. Imre Nagy war
Antifaschist und demokratischer Sozia-
list. Seine Hinrichtung war nicht gerecht-
fertigt. Dagegen war es rechtmäßig, Mör-
der zum Tode zu verurteilen.

Bushs Helden sind mordende Konterrevolu- tionäre

So stellt sich am Ende die eingangs ange-
deutete Frage: Wer waren die „Helden“,
die zu ehren Bush 2006 nach Ungarn
gekommen war? „Helden“ waren für ihn
ohne Zweifel diejenigen, die Ungarn
zurück zum Kapitalismus führen wollten.
„Helden“ waren für Bush die, die unter
Freiheitsparolen davon sprachen und da-
rauf zielten, die „Kommunisten auszurot-
ten“.

Geschönt formuliert, liest es sich heute in
einem persönlichen Brief, den General a.
D. Király (94) unlängst aus Washington
erhielt: „Lieber Bela, Deine Anstren-
gungen, die Tyrannei in Ungarn zu be-
enden und die Segnungen der Freiheit zu
verteidigen, sind beispielgebend für alle,
denen Freiheit lieb ist.“

Der Unterzeichner: Georg W. Bush.

Die Unruhen in Ungarn, beginnend in der
Nacht vom 18. zum 19. September 2006
gegen die sozialistische Regierung der
bürgerlich-demokratischen Republik
Ungarn, die sich Fehler hat zu Schulden
kommen lassen, sind nicht vergleichbar
mit der ungarischen Konterrevolution
1956, die eine generalstabsmäßig durch-
geführte militärische Aktion gegen eine
sozialistische Staatsmacht war.

1956 bewahrten die Kräfte um Janos
Kádár – später im Volksmund „unser
guter König Janos“ genannt – durch ihr
konsequentes und durch ihr zunächst
unpopuläres Handeln weiteres Blutver-
gießen in Ungarn und die Welt vor einem
möglichen weiteren Krieg. Die Entwick-
lung in Ungarn war schon allein wegen
dessen geographischer Lage von prinzipi-
eller Bedeutung für die Auseinander-
setzung zwischen beiden Weltsystemen.
Sie betraf in der vom Kalten Krieg
zutiefst geprägten internationalen Lage
die Frage Krieg - Frieden weltweit.

Wer nur schlechthin davon spricht, dass
die „Panzer der Roten Armee den Volks-
aufstand in Ungarn niederwalzten“, wird
der historischen Wahrheit der Abläufe
und Gefahren der ungarischen Tragödie
nicht gerecht.



Ermordete des Stadtparteikomitees

Fotos aus: Die konterrevolutionären Kräfte während der Oktoberereignisse in Ungarn. Band 1, Budapest 1957

Ernüchternd bis enttäuschend

Ein Spielzeit-Auftakt mit Giuseppe Verdis frei nach Schillers Tragödie geschaffener „Luisa Miller“ – das hätte insgesamt aufregend und hinreißend werden können. Dank der großartigen Fioretta Burato als Luisa geschah das wenigstens

partiell. Sie ließ mit zwingendem Ausdruck erleben, wieviel Herzblut Verdi in diese Partie strömen ließ. Neben ihr bewies auch

Marco Vratogna als Vater Miller gesangliches Format. Und immerhin vermochte auch Tuomas Pursio als Wurm noch zu beeindrucken. Dagegen hatte der Tenor Konstantyn Andryjew als Rodolfo (bei Schiller Ferdinand) seine liebe Not. Gewiss ließ er viele schöne Wendungen hören, doch seine Stimmführung versagte allmählich. Als Dirigent ging der Italiener Riccardo Frizza mit Temperament zu Werke und versteht auch die Sänger zu begleiten. Doch die Qualitäten des Gewandhausorchesters klingen nicht durchweg auf.

Die Probleme der Inszenierung liegen aber vor allem in der Regie Guy Joostens und im stimmunglosen Bühnenbild Johannes Leiackers. Die Protagonisten stehen, wenn sie nicht wie die Burato von sich aus zu spielen vermögen, oft nur herum oder gehen ein paar nichts besagende Schritte. Der nun wahrhaftig spielfreudige, in dieser Oper von Verdi aber nicht sonderlich geforderte Chor erscheint wie eine Wachsoldaten-Kompanie, im ersten Bild nicht etwa vor Luisas Haus, sondern hinter einem nüchternen Feldbett. Außer diesem Bett,

an das Verdi bestimmt nicht gedacht hat, werden ein Kabinett Wurms und andere nüchterne Räume mittels reichlich strapazierter Drehbühne ins Bild gesetzt. Eine fantasievolle Übernahme aus der flämischen Oper Antwerpen.

Von **WERNER WOLF**

War dieser Premierenabend schon ernüchternd, so geriet der zweite mit Cole Porters Musical „Kiss

me, Kate“ in der gedrechselten Inszenierung Ana Christine Haffters enttäuschend. Die Regisseurin versucht, der zwischen Theaterspiel hinter den Kulissen und Shakespeares Komödie von „Der Widerspenstigen Zähmung“ wechselnden Handlung durch Betriebsamkeit und dressierte, mehr oder minder zackige Bewegungen Tempo zu verschaffen. Was das Ballett (Choreographie Mirko Mahr) und der Chor (Einstudierung Wolfgang Horn) dabei leisten, verdient uneingeschränktes Lob. Doch die wichtigen Dialogszenen werden wenig pointiert, sondern gestelzt (wohl karikierend gemeint) gesprochen. Dazu bleiben die meisten gesanglichen Leistungen unter dem Niveau der Musikalischen Komödie. Was mit diesem Ensemble möglich ist, demonstrieren Ralph Morgenstern und Folker Herterich als Ganoven, Karl Zugowski als abgetakelter Harrison Howell. Als Dirigent sorgt Stefan Diederich mit dem schwungvoll, rhythmisch bewegt, geschmeidig, öfters aber zu lautstark musizierenden Orchester der Musikalischen Komödie für Stimmung.

Gewandhaus darf weiter feiern

Nach den Mendelssohn- und Schumann-Festtagen zu Beginn der Konzertsaison wird weiter gefeiert: der 225. Jahrestag des ersten und der 25. des neuen (dritten) Gewandhauses, der 100. Geburtstag Schostakowitschs. Kurt Masur eröffnete diese Festwochen glanzvoll mit dem London Philharmonic Orchestra: mit Mendelssohn, Schumann und Brahms. Seinem Einsatz für junge Künstler entsprechend, brachte er die 1982 geborene, hoch begabte chinesische Pianistin Helen Huang für Schumanns Konzert mit.

Am Vorabend und Jubiläumstag des neuen Hauses gestaltete Riccardo Chailly mit Petra Lang als Solistin eine faszinierende Interpretation der dritten Sinfonie Gustav Mahlers. Er demonstrierte damit, dass Mahlers Werk wie das der großen Sinfoniker vor ihm im Gewandhaus Heimatrecht hat. Die bewegenden Aufführungen der siebenten Sinfonie von Schostakowitsch mit Dmitri Kitajenko am Pult und der fünften mit Yutaka Sado mach-

ten deutlich, wie fest seit Masurs denkwürdigem Zyklus mit allen 15 Sinfonien auch dieses Werk im Gewandhaus-Repertoire verankert ist.

Neben Aufführungen weiterer Sinfonien erwirbt sich das Gewandhaus mit dem Zyklus aller 15 Streichquartette abermals ein Verdienst. Die bisherigen vier Abende mit dem Gewandhaus-Quartett und anderen Ensembles sowie eine Kammermusik des Ensembles Berlin-Leipzig im dafür bestens geeigneten Großen Sitzungssaal des Bundesverwaltungsgerichts mit dem zweiten Klaviertrio, dem vierten Streichquartett und dem Klavierquintett bewiesen, dass Schostakowitsch auch auf diesem Gebiet Epochen schuf.

Außerdem waren farbenreiche Konzerte mit italienischer und französischer Musik im Gewandhaus unter Carlo Rizzi und mit dem MDR-Sinfonieorchester unter Fabrice Bollon sowie eine achtunggebietende Aufführung von Beethovens „Neunter“ durch das von Horst Förster überlegen geleitete Akademische Orchester zu erleben.

• **W. W.**

Expedition Arbeitswelt

Es dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben: Armin Petras, neuer Intendant des Maxim-Gorki-Theaters Berlin und Regisseur, ist der Dramatiker Fritz Kater. Petras läßt keine Gelegenheit aus, sein Alter ego ironisch abzustreiten. Cleveres Marketing in eigener Sache. Auch sein Verlag zeigt Geschick und erlaubt eine Ring-Uraufführung des neuen Stückes „TANZEN!“ parallel in Graz, Berlin und der Leipziger Neuen Szene. Dem Programmheft ist ein Zitat von Karl Marx vorangestellt: „Man sieht, wie die Geschichte der Industrie und das gewordene gegenständliche Dasein der Industrie das aufgeschlagene Buch der menschlichen Wesenskräfte, die sinnlich vorliegende menschliche Psychologie ist ...“ Erfreulich über dem Durchschnitt der sonst eher mäßigen Qualität der Gegenwartsdramatik liegend, darf man eintauchen in die Arbeitswelt von morgen, die doch schon von heute ist. Inga arbeitet seit sechs Jahren in einer Biotech-Firma, ist jenseits der dreißig und deshalb ein Fall für die mittlere

Führungsebene personifiziert in Bernie, einem kaputten Typen, der nach oben kriecht und nach unten tritt. Dazu gesellt sich die junge, attraktive Sandra, die ihre Reize einsetzt, um auf der Überholspur in die Chefetage zu starten. Es wird mit dem Märchen der Sozialpartnerschaft aufgeräumt. Wer Jobs anbietet, hat das Sagen. Personalgespräche und Annäherungsversuche enden in Wutausbrüchen und dem Ausblick, dass alle Zugang zur Chefetage haben: Die Chipkarten erlauben überallhin Zutritt, nur keiner hat es gemerkt oder will es gemerkt haben. Regisseur Christian Schlüter bemüht sich um Tempo und Verständlichkeit, hält die Spannung hoch, wie auf dem Drahtseil, immer nahe am Absturz. Marlene Dunker hat ihre Sandra fest im Griff: lasziv und überlegen. Für Stephanie Schönfeld ist es eine Überwindung, sich zurückzunehmen: ihre Inga könnte eine Spur Zartheit und Verletzlichkeit vertragen. Zwischen Verklemmtheit und Machtmissbrauch wandelt Michael Schrodts als Bernie, mit viel Schweiß und der notwendigen Portion tragischer Komik.

• **D. M.**



Gefügigkeit für Arbeitsplätze – die Arbeitswelt von heute wird in Science-Fiction gespiegelt. Stephanie Schönfeld und Michael Schrodts.

Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Einige Wahrheiten hört man nicht gern. Denn wenn man sie sich anhört und weiß, wie richtig sie sind, dann muss man sich verändern. Und Veränderung kann ziemlich unbequem sein.“

Diese Erkenntnis – die so umwerfend nicht ist – stammt von jenem Mann, der im Jahr 2000 gegen Bush jun. die Präsidentschaft knapp verlor. Der einstige Vizepräsident Al Gore tat danach etwas Unerwartetes. Er ging auf Tour, mit einer multimedialen Präsentation, um vor den Folgen der globalen Erwärmung zu warnen. Mehr als 1000 Mal hielt er dieses Plädoyer gegen die Sünden der Industriegesellschaft u. a. in Amerika und Asien. Nun haben wir Gelegenheit, auch in Leipziger Kinossesseln „Eine unbequeme Wahrheit“ zu sehen und zu hören. Regisseur David Guggenheim heftete sich an die Fersen des eloquenten Politikers und gibt außerdem noch Einblicke in die Privatsphäre eines Menschen, den die Sorgen um unser Leben und den Erdball um selbigen treiben.

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Unbequem?

Von **MICHAEL ZOCK**

Nun muss man wahrlich sehr naiv sein, und vielleicht Jahre keine Zeitung gelesen oder Fernsehen geschaut haben, um die angesprochenen Wahrheiten nicht zu kennen. Trotzdem schockieren die Bildmontagen und Tabellen des Films schon und man denkt: Was wird sein in 50 Jahren? Allerdings habe ich nach 90 Minuten nicht das Gefühl, einen wirklich guten Dokumentarfilm gesehen zu haben. Das liegt zum Teil auch an der deutschen Synchronisation, die Al Gore viel von seiner Persönlichkeit nimmt. Störend auch das

immer wieder eingeschnittene Staunen und Gelächter seiner mitunter sehr naiven jungen Zuhörer. Das Dargestellte wird präzise, erschreckend und mit unbequemen Fragen sowohl den Hörern auf der Leinwand als auch den Sehern im Kino geboten. Leider auch mit Nebensätzen wie: Amerika brachte Europa Freiheit und Demokratie. Das schluckt man als Kenner auch der französischen Geschichte nicht so ohne weiteres, bevor auf der Leinwand dann wieder Gletscher dahinschmelzen. Wenn man von den Naturkatastrophen so richtig betroffen ist, kommen am Ende des sehr didaktischen Films zehn (angeblich neue) Dinge: Was wir dagegen tun können? Tauschen Sie Glühbirnen mit Energiesparlampen, verbrauchen sie wenig warmes Wasser, kaufen Sie keine Produkte mit viel Verpackungsmaterial, schalten Sie Geräte nicht im Stand-By-Modus und ... empfehlen Sie diesen Film weiter. Gerade bei diesem Punkt habe ich Probleme, denn ich weiß nicht: Warum?

„Frank“ und „Jakob“

„Die Reise in die USA war für mich aufregend – und enttäuschend. Denn wenn der Moment kommt und die Stimme sagt: „The winner ist...“, und man hat den Hintern schon halb aus dem Sessel ... und ist es dann doch nicht ... ich würde mich einer solchen Prozedur nicht mehr aussetzen.“

FRANK BEYER 20 Jahre danach über seinen Oscar-Trip nach Los Angeles mit „Jakob der Lügner“, der 1977 als bester ausländischer Film für die DEFA nominiert wurde.

Geboren: 26. 3. 1932 in Nobitz (bei Altenburg)

Gestorben: 1. 10. 2006 in Berlin

Als DVD derzeit u. a. erhältlich:

Jakob der Lügner, Nackt unter Wölfen, Königskinder, Karbid und Sauerampfer, Spur der Steine, Das Versteck, Fünf Patronenhülsen.

• **M. Z.**

Bücher von Schauspielerinnen gibt es zuhauf. Memoiren nennen sich diese Plapperschwarten meistens (Ausnahmen bestätigen die Regel). Doch nun hat mit Käthe Reichel eine Große der Schauspielkunst ein Buch vorgelegt, das zu lesen sich wahrlich lohnt. Nein, es sind keine Memoiren – obwohl ich mir wünschte, dass Käthe Reichel die Kraft und den Mut finden würde, ihre Lebenserinnerungen zu Papier zu bringen –, es sind die Gedanken und Überlegungen einer sensiblen Frau, die mit wachen Augen und einem ausgeprägten sozialem Gerechtigkeitssinn die gesellschaftliche Gegenwart und jüngste Vergangenheit betrachtet.

Das kommt nicht hochgestochen daher, nicht theoretisch verklärt, sondern als Briefe an den verehrten Brecht, von dem sie sagt, dass er wohl „gern wissen würde, wie das Feld nach fünfzig Jahren nun bestellt ist in Deutschland, wo soviel unbestelltes Land brach auf der Erde liegt, ein Acker aus dem kein Korn mehr wächst, damit der Brotpreis hoch bleibt, hoch oben hängt, wie der Strick am Hals für die letzte Freiheit“.

Vierundvierzig Briefe sind es geworden, in denen Käthe Reichel ihrem Lehrer und Förderer b. b. vom Zustand der heutigen Welt berichtet. Dank des Verlegers, der die Briefe nicht nur dem Wind überlassen, sondern sie uns in einem schön gestalteten Buch zugänglich gemacht hat, können nun auch wir teilnehmen an dem Dialog, den die Grusche aus dem Kaukasischen Kreidekreis mit dessen Autor führt. Brechts Schriften sind ihr dabei immer wieder Anstoß für die Themen ihrer Briefe. Etwa wenn sie sich fragt, wie es mit der Demokratie und Freiheit in der kapitalistischen Gesellschaft heute, fünfzig Jahre nach dem Tod des Meister bestellt ist. Oder mit dem Frieden in einer Welt voller Kriege, ausgelöst von einer Supermacht, deren Präsident sich anmaßt, im göttlichen Auftrag zu handeln. Sie denkt nach über den Kapitalismus und die Folgen, die sich

Nicht in den Wind geschrieben

Käthe Reichels Windbriefe an den Herrn Bertolt Brecht



Käthe Reichel zitiert Heiner Müller auf dem Kongress „Jahrbilanz des Kommunismus“, der im Mai 2000 in Berlin stattfand.

Foto: E. Schulz

täglich zeigen: Arbeitslosigkeit, Neofaschismus, Flüchtlingsströme. Und immer wieder bewegt sie die Frage, wie man in dieser Welt, in der offenbar „zwei mal zwei nicht mehr vier“ ist, hinter den alltäglichen Nachrichten die Wahrheit erkennen kann.

Doch Käthe Reichel verzweifelt nicht an der Ungerechtigkeit dieser Gesellschaft. Resignation ist nicht ihre Sache: „Jetzt auf der Straße“ – sie spricht vom Januar, auf dem Weg zu Karl und Rosa –, „so höre ich hinter mir, wird ein anderes Lied gesungen, ein Lied, das den Epochenbruch überlebt hat, und insofern war es vor sechzehn Jahren auch kein Bruch, denn etwas zerbrochenes kann nicht aufstehen, kann nicht so viele Stimmen haben, die jetzt gegen die

gefrorenen Fensterscheiben singen: WACHT AUF, VERDAMMTE DIESER ERDE“. Und: „Nach meinem achtzigsten Geburtstag fliege ich in ein Land, wo die Hoffnung am Grunde der Büchse der Pandora noch nicht fortgeflogen ist.

ENEZUELA heißt diese Hoffnung, ist das Land. Da will ich hin.“ Käthe Reichels Windbriefe – welches ein poetisches Wort! – gehört für mich, neben Ernst Schumachers *Mein Brecht*, zum Besten, was in diesem Jahr des Erinnerns an den großen b. b. geschrieben und gedruckt wurde.

• EDMUND SCHULZ

Käthe Reichel: Windbriefe an den Herrn b. b. Faber & Faber, Leipzig 2006. 221 S., 18 Euro.

Joachim Hösler, Privatdozent an der Universität Marburg, legte die erste deutschsprachige Geschichte Sloweniens vor. Ist seine mit einem Wissenschaftspreis geschmückte Monografie von 1995 zur sowjetischen Geschichtswissenschaft 1953-1991 einem Problem des größten „slawischen“ Staates gewidmet, so dieses Buch einem der kleinsten und jüngsten unter den Staatsgebilden mit slawischer Bevölkerungsmehrheit (2 Mio. Einw., 20273 qkm Fläche). Hösler läßt die „Vorgeschichte“ der slowenischen Nations- und Staatsbildung

Erste Geschichte Sloweniens in Deutsch

zunächst rascher Entwicklung im 6. Jh. beginnen. Beleuchtet wird in sehr informativer Weise und, eigene Forschungen einfließen lassend, die sozialökonomische, politisch-territoriale sowie ethnisch-kulturelle Entwicklung der Alpen-Adria-Region bis zum ersten Weltkrieg. Im Revolutionsjahr 1848 erhob die slowenische Nationalbewegung mit dem „Programm des Vereinten Slowenien“ zum ersten Mal politische Forderungen gegenüber der Habsburgermonarchie. Doch erst 1918 vollzogen alle politischen Richtungen den Bruch mit den Habsburgern. Im jugoslawischen Königreich entwickelte sich der Nordwesten schneller als die anderen Gebiete, was hier bis 1941 zu einem zahlenmäßigen Übergewicht der Arbeiterschaft führte. Bedeutete die deutschitalienische Okkupation ab 1941 einerseits einen schweren Rückschlag, so entstand andererseits in der von den Kommunisten geführten Partisanenbewegung und ihrem opferreichen Kampf dasjenige politische Element, welches 1945 mit der Bildung der „Nationalen Republik Slowenien“ im Rahmen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien die „bis dahin höchste Form der Eigenstaatlichkeit und Autonomie“ für die Slowenen

erwirkte. Der beiderseits mit äußerster Härte geführte Kampf zwischen Okkupanten – diese wollten die Slowenen „umvolken“ – und Befreiungsbewegung, in dem die slowenische Oberschicht wie die Geistlichkeit und die deutschsprachigen Bevölkerungsteile kollaborierten, hatte die politische Ausschaltung dieser Kräfte zur

Erste Geschichte Sloweniens in Deutsch

Erste Geschichte Sloweniens in Deutsch

• GERHARD FUCHS

Joachim Hösler: SLOWENIEN. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2006. 263 S., 24, 90 Euro

Das Manuskript für das vor vier Jahren erschienene Buch *Berlin-Bonn Balance/20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen/Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten* wurde damals um 300 Druckseiten gekürzt. Aus verlegerischen Gründen hieß es. Von Kollegen und guten Bekannten gedrängt, zu denen sich auch der Rezensent zählt, hat der Autor die redaktionell fertigen 300 Seiten um einige Fakten erweitert und jetzt den NACHTRAG herausgegeben. Seidel schildert den deutsch-deutschen Verhandlungsprozess in vielen aufregenden Details. Er berichtet über die Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt und Kassel. Dabei übergeht Seidel auch nicht die Vorbehalte, die Moskau hatte. Seidel beantwortet die oft und viel gestellte Frage, wer die Politik der DDR gegenüber der BRD entschied. Seine Antwort kurz und knapp: Seit 1971 Erich Ho-

300 Seiten gekürzt und nun doch veröffentlichte Seiten

Wichtiger Insider-Nachtrag zu deutsch-deutschen Beziehungen

necker. Weder der Ministerrat noch der Außenminister spielten dabei eine nennenswerte Rolle. Willi Stoph, Werner Krolikowski und „erst recht Mielke sagten zu allem Ja und Amen“. Gleichzeitig denunzierten sie ihn in Moskau. Von dort kamen dann auch postwendend Proteste und Interventionen. Seidel zählt Günter Mittag zu den „machtbesessenen, ehrgeizigen, skrupellosen“ Helfern Honeckers. Danach wird Alexander Schalk genannt. Oft über-, aber auch von Seidel freimütig bekannt, unterschätzt. Hermann Axen habe auf diesem speziellen Gebiet so gut wie keine Rolle gespielt. Dann nennt der

Autor noch Herbert Häber und Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, den Honecker mit Sonderaufgaben, vorbei am Außenministerium, betraute. Oskar Fischer, der Außenminister, „besaß das uneingeschränkte Vertrauen“ des Generalsekretärs. Er hielt sich in Sachen BRD sehr zurück, „da er wußte, dass Honecker die deutsch-deutschen Beziehungen als seine ureigenste Domäne betrachtete“. Von ihm hat der Autor eine sehr hohe Meinung, schon wegen seiner „klugen, kameradschaftlichen“ Art.

Der ehemalige Leiter der BRD-Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angele-

genheiten der DDR saß immer dann mit am Tisch, wenn die Eliten der BRD Honecker Reverenz erwiesen. Er protokollierte die Gespräche, bereitete die Berichte für das Politbüro der SED vor und unterbreitete dem allmächtigen Honecker Vorschläge für dessen weitere Politikfelder. Seidel widerspricht so manchem westlichen Politiker, der eigene Theorien über die DDR in Memoiren niederschrieb und rückte einige Tatsachen ins rechte Licht. Ein lesenswertes Buch, das sicherlich genauso viel Aufmerksamkeit wie der erste Teil erheischen wird.

• FRANZ-KARL HITZE

Karl Seidel: Nachtrag/Erinnerungen eines Beteiligten an 20 Jahre Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. NORA-Verlag, Berlin 2006. 404 S., 23,50 Euro

KALENDERBLATT

475. Todestag

Huldrych Zwingli

Zweifellos gehörte Huldrych (Huldenreich) Zwingli zu den prägenden Gestalten der frühbürgerlichen Revolution des 16. Jahrhunderts. Geboren am 1. Januar 1484 im schweizerischen Wildhaus bei St. Gallen als Sohn einer wohlhabenden Bauernfamilie, fiel er am 11. Oktober 1531 in einem Religionskrieg, im Zweiten Kappelerkrieg zwischen Zürich und den katholischen Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug.

Leben und Wirken des Züricher Reformators standen noch bis vor wenigen Jahrzehnten im Schatten seines bedeutenden Zeitgenossen Martin Luther und seines Nachfolgers Calvin. Heute wissen wir seine geschichtlichen Verdienste um den Fortschritt in Kirche und Gesellschaft deutlicher zu würdigen. Er brachte demokratisch-republikanische Sichtweisen in den radikalen Flügel der Reformation ein, dessen führender Vertreter er war. Er predigte die enge Zusammenarbeit von Kirche und Staat und sah darin für die Obrigkeit eine Verpflichtung. Das heißt, die Reformation in Zürich betraf nicht nur die Religion. So waren tyrannische Herrschaftsformen nach Zwinglis Ansicht nicht nur dem Willen des Volkes entgegengesetzt, sondern auch dem Willen Gottes. Er leitete ein neues Arbeitsethos aus der Glaubenserkenntnis ab, dass sich der Mensch die Gnade Gottes durch Arbeit verdiene.

Diese Position korrespondierte mit ökonomischen Bedürfnissen und moralischen Auffassungen des frühen Bürgertums. Das war der Grund, warum Zwingli, der kein politisches Amt besaß, sehr großen Einfluss auf den Züricher Rat hatte. Das wiederum ermöglichte die Durchsetzung sozialer Gesetze, die die bäuerliche Leibeigenschaft aufhoben, die Lasten wirtschaftlicher Abhängigkeit verminderten, den Zinswucher verboten, die Arbeitszeit begrenzten und auch die Sonntagsruhe einführten.

Große Verdienste erwarb sich der Theologe um die Neuordnung des Schulwesens und die Fürsorge für Arme.

Der Landgraf von Hessen, Philipp der Grossmütige, der die für damalige Zeiten wahrhaft revolutionären Ansichten Zwinglis teilte, organisierte im Oktober 1529 ein Streitgespräch zwischen Zwingli und Martin Luther. Allerdings wies Luther seinen potentiellen Partner schroff zurück, womit der Plan eines gemeinsamen protestantischen Vorgehens gegen Kaiser und Papst an theologischen Differenzen scheiterte.

• H. G. / M. W.

Die Münchner Staatsanwaltschaft hat dieser Tage ein ohnehin verschlepptes Verfahren gegen Wehrmachts-Mörder an mindestens 6000 italienischen Kriegsgefangenen auf der griechischen Insel Kephallonia eingestellt. Der Grund liegt auch aus aktuellen Gründen auf der Hand. Deutsche Soldaten ziehen wieder in die Welt, um wieder einmal deutsche Wirtschaftsinteressen zu sichern. Da braucht es den Persilschein für alles völkerrechtswidrige Tun schon vorab. Siehe Seite 1.

LN fasst die Ereignisse von Kephallonia zusammen – anhand der Dokumentation „Mord auf Kephallonia“ von Hans-Rüdiger Minow.

Die Edelweiß-Gebirgsjäger waren bei zahllosen Massakern maßgeblich beteiligt: Kephallonia (6000 ermordete Kriegsgefangene), Kommeno (317 Frauen, Männer und Kinder), Lyngiades (80 Menschen), Skines (146 Männer und 2 Frauen), Camerino (98 ZivilistInnen) und viele mehr.

Für die Kriegsverbrechen von Kephallonia tragen der General der Gebirgstruppe Hubert Lanz und Generaloberst Alexander Löhr die truppendienstliche Verantwortung.

Als am 2. November 2001 die italienische Presse über neue Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dortmund über die Verbrechen von Kephallonia, eines der größten im zweiten Weltkrieg, berichtet, kommt bei den Opfern neue Hoffnung auf. Auch in deutschen Zeitungen wirft die Wiederaufnahme der Ermittlungen Fragen auf:

- Was geschah auf Kephallonia?
- Wer waren die Täter?
- Warum wurde keiner von ihnen vor ein deutsches Gericht gestellt?

Das Massaker der Gebirgsjäger

Im Sommer 1943 setzten amerikanische Truppen nach Sizilien über. In Rom brach die faschistische Regierung unter der Wucht der amerikanischen Landungsmanöver auseinander. Mussolinis Verhaftung folgte und am 8. September 1943 erklärten Italien und die Westalliierten den Waffenstillstand. Deutschland hatte seinen italienischen Verbündeten verloren.

Damit schien auch für die auf Kephallonia gegen Briten wie Griechen kämpfenden italienischen Truppen der Krieg zu Ende, denen die Deutschen mit Luftlandtruppen und rücksichtslosen Bombardements zu Hilfe gekommen waren. Dennoch schien nun vom deutschen Hauptquartier auf Kephallonia keine Gefahr auszugehen. Immerhin waren die Italiener den deutschen Inselbesatzern sechsfach überlegen. Zudem hatte der General der deutschen Griechenland-Truppen, Hubert Lanz, den italienischen Soldaten versprochen, dass sie, wenn sie die Waffen niederlegen, nach Hause kommen.

In einer Abstimmung sprachen sich dann dennoch über 85 Prozent der italienischen Soldaten dafür aus, die Waffen nicht niederzulegen, sondern gegen die Deutschen zu kämpfen. Die Folge war ein rücksichtsloser Kampf um Kephallonia. Am 15. September griffen 72 Ju 87 im rollenden Einsatz die Insel an. Das Wehrmachts-Oberkommando befahl: Italienische Offiziere, die Wider-

Wehrmachtsmassaker von Kephallonia, September 1943

Mörder bleiben straffrei Wem nutzt es?



Seit 1952 treffen sich jährlich zu Pfingsten ehemalige Gebirgsjäger der Wehrmacht. Seit Jahren treffen sie sich nun am Hohen Brenden bei Mittenwald – die Gebirgsjäger vom Massaker auf Kephallonia kamen aus Garmisch, Mittenwald und Sonthofen. Die Gedenkfeier mit Militärgottesdienst wird vom „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“, ein Zusammenschluss von Wehrmachtssoldaten und Bundeswehrgenossen, organisiert.

Edmund Stoiber, CSU, ist Kameradschaftsmitglied. Während eines der jüngsten Treffen sagte er: „Als bayerischer Ministerpräsident, der seinen Grundwehrdienst bei den Gebirgsjägern abgeleistet hat, bin ich natürlich besonders stolz auf diese spezifisch bayerische Truppe und ihre Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart.“

Regelmäßig werden nicht die Gebirgsjäger behelligt, die mit ihrer Feier die Täter in zu verehrende Opfer umdichten, sondern die Protestierenden „in Gewahrsam“ genommen.

stand leisten, sind zu erschießen, Unteroffiziere und Mannschaften „nach dem Osten zum Arbeitseinsatz zu verbringen“.

Ritterkreuzträger Wilhelm Spindler und seine Truppe rückten am 21. September in Frangata ein. Befehl: „... auf Kephallonia keine italienischen Gefangenen machen zu lassen“. Nach nur zwei Stunden lagen in den Gärten über 400 tote italienische Soldaten. Sie hatten sich ergeben, aber wurden anschließend erschossen – einschließlich ihrer Sanitäter und Priester.

Auch in Troianata wurden keine Gefangenen gemacht. Befehl der Heeresgruppe E: „...ist mit größter Bedenkenlosigkeit im Einzelfalle vorzugehen.“

Ein Liquidationskommando der Gebirgsjäger erschoss am 24. September 129 Offiziere der Division Acqui. Mit Stacheldraht gefesselt, wurden ihre Leichen ins Meer versenkt. General Hubert Lanz meldet der Heeresgruppe E: „Masse der Division Acqui ... vernichtet“... an die 6000 Soldaten ... Die wenigen Entronnen vereinigten sich mit griechischen Partisanen.

Mörder pflegen ihre Tradition

Die Helden der 1. Division feierten die Rückkehr in ihre heimatlichen Berge – nach Garmisch, Mittenwald und Sonthofen. Und so unglaublich es auch klingen mag: Am 1. Juni 1945 – nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht – verlieh das Armeekommando den Gebirgsjägern Ritterkreuze. Bevor die Stunde der Täter endgültig wieder kam und sie ihre Traditionen pflegen konnten, verurteilten die Sieger in Nürnberg einige der Generale ...

Hubert Lanz, der Oberkommandierende von Kephallonia, erhält wegen völkerrechtswidriger Erschießungen 12 Jahre Haft. Nach nur

3 Jahren ist er wieder frei. Die deutschen Kriegsverbrecher werden von den Westmächten für die Wiederbewaffnung gebraucht.

Heute weiß man, dass hohe deutsche Wehrmachtsgenerale bei einem geheimen Treffen im Zisterzienserkloster Himmerod die Bedingungen für ihre Wiederverwendung selbst formulierten. Sie forderten:

1. Ehrenerklärung der Bundesregierung für die Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS.
2. Eine Ehrenerklärung der Westmächte für die Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS.
3. Einstellung der Diffamierung des deutschen Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS.
- Und 4. Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im Ausland.

Die fünfte Forderung nach Freilassung der als Kriegsverbrecher verurteilten deutschen Offiziere teilte die Generalität ohnehin mit großen Teilen der deutschen Gesellschaft aus Kirche, Gewerkschaften, Parteien und Publizistik. Aktuell erhellend auch die lebhafteste Unterstützung in Großbritannien und in den USA. So entspann sich zwischen Mitgliedern des englischen Oberhauses und deutschen Kriegsverbrechern ein mitfühlender Briefverkehr. Der wegen Massakern an Italienern verurteilte Generalfeldmarschall Kesselring schickte den Damen seiner Gönner rote Rosen.

Gemeinsam mit Gebirgskameraden veröffentlichte Hubert Lanz, der kommandierende General von Kephallonia, 1954 einen Gedenkband. Darin wird das Niederbrennen eines besetzten Dorfes als

„Säuberung“ bezeichnet und die grausame Misshandlung eines Dorfbewohners mit launigen Kommentaren versehen: „Jägergruß für Heckenschützen“. Hubert Lanz wurde im Zivilleben übrigens sicherheitspolitischer Berater der FDP.

Regierung weiß von nichts

Die BRD hat es bis heute, bis zu der jetzt Anfang Oktober erfolgten Einstellung eines Verfahrens durch Münchner Staatsanwälte, stets abgelehnt, Forderungen aus Verbrechen wie die auf Kephallonia gelten zu lassen. Schlimmer: Im Jahr 2000 beantwortete die Bundesregierung eine Anfrage, „welche völkerrechtswidrigen Handlungen durch Wehrmacht und/oder SS in Griechenland während des 2. Weltkriegs der Bundesregierung bekannt geworden sind“, lapidar: „Die Bundesregierung hat hierüber keine eigenen Erkenntnisse.“ Und das, obwohl Simon Wiesenthal die Staatsanwaltschaft Dortmund schon 1964 auf das Massaker von Kephallonia hinwies, weshalb mit Ermittlungen begonnen werden musste. Zwar fand man nun hunderte der am Massaker beteiligten Gebirgsjäger, aber man fand keine Mörder.

Morde? Nicht nachweisbar! Totschlag? Verjährt! Die Staatsanwaltschaft Dortmund archiviert – und entlässt die Täter in ihre Nachkriegsberufe: den Polizeihauptkommissar in Lippe, den Regierungsdirektor in Mainz und den Bundesrichter in München. Später wird bekannt, dass unter den Dortmunder Staatsanwälten aktive Nationalsozialisten waren. Auf der Grundlage ihrer Akten wird, wie eingangs erwähnt, 2001 das Verfahren wieder aufgenommen.

Und da hoffen die Überlebenden von Kephallonia immer noch auf Gerechtigkeit.

• M. W.



Von
**KLAUS
HUHN**

Literaten wie Graham Greene hätten die Chance genutzt, die Fakten zu einer spannenden Fabel zu verknüpfen. Ich bin kein Graham Greene und muss mich also damit begnügen, nüchtern Tatsachen zu schildern: Der Präsident Russlands kam aus dem Kreml nach Dresden, und da wäre schon mal festzustellen, dass nie zuvor ein Kreml-Bewohner nach Dresden gereist war, der die Stadt so gut kannte wie er. Denn – wie alle Welt weiß: Der Mann war vor Jahr und Tag vom sowjetischen Geheimdienst KGB nach Dresden geschickt worden und die wenigsten, die der KGB dorthin abkommandierte, kamen nach Dresden, um den Pegelstand der Elbe zu kontrollieren. Zugegeben, heutzutage redet niemand über dieses Kapitel Vergangenheit, denn wenn in deutschen Medien von Geheimdiensten die Rede ist, wird die Datei „MfS“ abgerufen und – wie man weiß – ist darin allein von üblen Geschichten die Rede, wie sie nur in der DDR zu erleben waren.

Nun aber, in Dresden, ging es darum, die Bindungen zwischen Moskau und Berlin zu preisen – fast so, wie zu den Zeiten, als noch MfS und KGB existierten – und auch ein wenig darum, einträgliche Geschäfte zu vereinbaren.

Das alles, meinen Sie, hätte nichts mit Sport zu tun? Sie irren!

Am gleichen Tag kamen nämlich aus Gelsenkirchen ehrenwerte Fußballfunktionäre, die Dresden lange nicht so gut kannten wie der Herr des Kremels. Wenn von Gelsenkirchen die Rede ist, kann logischerweise nur Schalke gemeint sein. Dass denen die Scharfschützen auf den Dächern der gegenüberliegenden Häuser nicht entgingen, wurde von der *Süddeutschen Zeitung* ohne Hemmungen ausgeplaudert. Und weiter: An des Kremelherren Seite waren auch höchste Reprä-

sentanten des Milliarden-Unternehmens, das Erdgas in sibirischen Fernen aus dem Boden pumpt, durch Pipelines in deutsche Gefilde leitet und damit viel Geld verdient. Rund um Schalke aber – und wieder stutzt vielleicht der Leser – findet sich kein Erdgas, sondern höchstens Steinkohle, denn die Mannschaft galt nicht zufällig über Jahrzehnte als die „Knappentelf“. Die Steinkohleschächte sind jedoch längst verriegelt und auf dem Fußballrasen tummelt sich schon lange niemand mehr, dessen Vater einst „eingefahren“ wäre. Kurzum: Nichts ist mehr, wie es einmal war! In Gelsenkirchen spielt zwar noch die Bundesligaelf von Schalke, aber die hat Schulden wie ein Major. Summa Summarum 190 Millionen Euro. Und um die loszu-

ohne viel Aufsehen in den eher unauffälligen Salons von Nobelhotels fixiert und gerieten erst in Dresden auf die Tagesordnung einer spektakulären Konferenz auf höchster politischer Ebene. Für die Pressekonferenzen hatte man den Gazprom-Direktoren Stichworte aufgeschrieben, die die Tradition der Ruhr-Bergbauindustrie priesen, und mit einem Mal erinnerten sich die Gelsenkirchener auch wieder an die Vergangenheit. Emsig wurde versichert, dass die Gazprom-Logos auf den Trikots der Schalke Stürmer die deutsch-russischen Beziehungen verbessern sollen, was möglicherweise – darauf wäre Graham Greene sicher gekommen – auch die verummten Scharfschützen erklärt.

Eingeweihte, die die Schultern heben, wenn man sie fragt, was sich wohl russische Milliardäre an Gewinn beim Fußball versprechen, könnten wissen, dass man beim Kauf schneller Stürmer oder harter Verteidiger unauffällig auch Geld waschen kann. Oder: Der Milliardär Roman Abramowitsch, der das Defizit der 200 Millionen bei Chelsea ausglich, lässt gern wissen, dass er die Superloge an der Stamford Bridge als eine Art von „Lebensversicherung in seiner gefährlichen Heimat“ (Stuttgarter Zeitung) betrachtet.

Als ich die Fakten für diese Graham-Greene-reife Story zusammentrug, erinnerte ich mich einer Reise nach Monaco, wo der Welt-Leichtathletikverband seinen Sitz hat. In dem Hotel, in dem ich gebucht hatte, schenkte man mir eine kleine Rolle Spielcasino-Chips, die mir die Langeweile des Abends vertreiben helfen sollte. Also fragte ich den Mann an der Rezeption nach dem kürzesten Weg zu den Roulettes und der flüsterte mir zu: „Folgen Sie diesem Herrn da über die Straße, der weiß hier gut Bescheid. Es ist ein russischer Millionär, der eben mit seinem Privatjet aus Singapur gelandet ist.“ Seitdem behaupte ich gern, dass ich zuweilen mit russischen Millionären in Spielcasinos gehe.

Eines Tages hatte übrigens der Milliardär Alexej Fedorowitsch den Fußballklub AS Monaco kaufen wollen. Da regierte plötzlich der Fürst von Monaco und erließ einen Erlass, wonach Alexej nur als „Sponsor“ zugelassen sei, nicht aber als Käufer.

Aber wenn die Flutlichter angehen und die Schiedsrichter anpfeifen, sitzen die Käufer und Sponsoren gesittet in ihren Logen und die Spieler schlagen Pässe, Eckbälle oder visieren das Tor an. Es lebe der Fußball!

Sportkolumne

Als ich mit dem Millionär ins Casino ging

werden, mussten die Schalke Bosse nun nach Dresden fliegen, die Erdgas-Bosse treffen und in einem Nebenraum der Präsidentensuite ein Papier unterschreiben, das ihnen jährlich bis zu 20 Millionen Euro sichert und vorerst bis 2012 gilt. Die Gegenleistung? Die Osttribüne des Stadions AufSchalke wird künftig Gazprom-Tribüne heißen, was vielleicht kaum jemand zur Kenntnis nehmen wird, weshalb das Gazprom-Symbol vorsichtshalber auch noch von den Schalke Trikots in die Fernsehkameras leuchten wird, was offiziell die „Bindungen“ zwischen Russland und der Bundesrepublik Deutschland vertiefen helfen soll. Sie haben immer noch Mühe, hinter die Kabalen der Graham-Greene-Geschichte zu kommen? Trösten Sie sich – ich auch. Bislang stand nur fest, dass russische Milliardäre überall in der Welt Fußballmannschaften kauften. Zum Beispiel den Klub Chelsea in London oder den FC Portsmouth in der englischen Hafenstadt oder Beitar in Jerusalem. Und diese Deals wurden

Sighard Gille bei Rose

Seit 20 Jahren fühlt sich der Hamburger Galerist Dirk Rose dem Realismus verpflichtet. Seitdem zeigt er regelmäßig bildende Künstler aus der DDR. Bis Ende Oktober sind die Galerieräume den jüngsten Arbeiten von Sighard Gille gewidmet. Eine Arbeit aus diesem Jahr mit dem Titel „Die Magd“ gab den Namen für die Ausstellung.

Nach seinem Studium (1965 bis 1970) an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig (HGB) bei Wolfgang Mattheuer und Bernhard Heisig arbeitete er zunächst freiberuflich in Leipzig, wird dann an der Akademie der Künste in Berlin Meisterschüler bei Bernhard Heisig. Einen ersten öffentlichen Auftrag liefert der Künstler für das Neue Gewandhaus in Leipzig, wo er das 714 Quadratmeter große Deckengemälde gestaltet. Seit 1977 gehört Sighard Gille als Assistent dem Lehrkörper der Leipziger Hochschule an, wo er 1986 eine Professur erhält. Zur zweiten Generation der „Leipziger Schule“ gehörend vertritt er einen malerisch-expressiven Realismus.

Die Hamburger Präsentation umfasst 27 Arbeiten auf Leinwand in unterschiedlichen Formaten aus dem Jahr 2001 bis heute. Dazu werden frühere Arbeiten auf Papier in Tusche und Acryl und seine Radierungen zu Musikgrößen wie Bob Dylan, Mick Jagger und Frank Zappa gezeigt. Damit vermittelt die Hamburger Ausstellung auch die Vielfalt in Form und malerischen Techniken, mit denen Sighard Gille arbeitet.

Seine Breite der Ausdrucksmöglichkeiten war es, die 2003 der Anlass für Michael Faber waren, Sighard Gille 2003 mit der Illustration der zweibändigen Ausgabe des *Don Quixote* zu beauftragen. Diese Ausgabe ist 2004 im Verlag Faber & Faber erschienen.

KARL-H. WALLOCH

Wer den Medienmachern

(noch) glaubt, muss aus der Berichterstattung über den Dresden-Besuch Putins folgern, der Präsident sei gekommen, um sich öffentlich schelten zu lassen. In der *Sächsischen Zeitung* (11. Oktober 2006) hieß es unter „Ganz neue Töne“: Angela Merkel „hat dem russischen Präsidenten deutlich ins Gesicht gesagt, was sie nach dem Mord an der prominenten Journalistin Politkowskaja von Moskau erwartet“. (!) Das Fernsehen strahlte am Abend des 10. Oktober den Satz aus, mit dem die Kanzlerin den Präsidenten mahnte, für Pressefreiheit zu sorgen und den Mord an der kremlkritischen Journalistin aufzuklären. Immerhin: Gerhard Schröder hatte Putin noch „einen lupenreinen Demokraten“ genannt. Die „neuen Töne“ der Kanzlerin waren durch bemerkenswerte (des Merkens werte) Medienberichte begleitet. *Der Spiegel* titelte „Die Russen kommen“ und meint damit, dass russisches Kapital in europäische Schlüsselindustrien „einzudringen“ versucht, nachdem sich „deutsches“ Kapital ja schon lange in Russland tummelt. Die zwischenimperialistischen Widersprüche verschärfen sich also.

Das Parlament druckte eine

Schelte für Putin?

Besprechung „Eine Abrechnung mit Wladimir Putin“ unter der Überschrift „Lupenreiner Bolschewismus“. Immerhin wird dort registriert, dass schon unter Jelzin, dem Liebling Kohls, die russische Demokratie verraten worden sei. Erstaunlich ist auch, was das Fernsehen und manche Zeitungen ins Bild brachten. Offensichtlich unter dem besonderen Schutz der Polizei und mediengerecht zeigte Veit Kühne ein Transparent, auf dem Putin als Mörder bezeichnet wurde, der in Dresden nicht mehr willkommen sei (Foto in *Sächsische Zeitung* 11. Oktober 2006). Parallel zum „Petersburger Dialog“ (bei der Partnerschaft Dresden-Leningrad vor 1990 ging es primär um die Zusammenarbeit von Betrieben) fand die Verleihung des „europäischen Kulturpreises“ statt. Zu den Geehrten gehörten Gorbatschow, dem in Russland kein Hund mehr aus der Hand frisst, und de Maiziere, den Kohl im August 1990 abserviert hatte. De Maiziere hatte in der MDR-Sendung „Der große Russisch-Test“ als früheres Mitglied der Deutsch-sowjetischen Freundschaft von der „verordneten Freundschaft“ gesprochen und

nicht einmal gemerkt, dass ohne diese „verordnete“ Freundschaft 1989 für Gorbatschow und Kohl nichts gelaufen wäre. Die Liste der Merkwürdigkeiten, die nicht alle zufällige Dummheiten gewesen sein können, ließe sich fortsetzen. Aber was folgt aus ihnen?

Franz Josef Strauß galt als „Vollblutpolitiker“, der robust „deutsche“ Interessen durchsetzte. In seinen *Erinnerungen* riet er: „Es muss meiner Meinung nach auch heute noch möglich sein, politische Strategien zu entwickeln und durchzuführen ..., ohne vorher auf dem offenen Markt Palaver abzuhalten. Andernfalls hören wir auf, Politik zu machen, spielt sich Politik nur noch ab in Meinungsumfragen, in den Schlagzeilen der Boulevard-Presse, in aufgeregten Stammtischdiskussionen.“ (Heute in Talk-Runden.)

Hört Angela Merkel auf, (vernünftige) „Politik zu machen“? Als Angela Merkel Putin mahnte, den Meuchelmord an einer Journalistin aufzuklären, glaubte sie sich auf der sicheren Seite. Aber wird denn in Deutschland jeder Mord (Barschel, Rohwedder u. a.) aufgeklärt?

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Unglaubliche Abzocker-Geschichten, die das Leben schreibt

Die ARGE, der Name ist inzwischen nicht nur den etlichen Millionen Kunden dieses größten deutschen Menschenverwaltungsamtes bekannt. Dieses Amt verwaltet die Armut und führt die Armen als Sklaven dem kapitalistischen Verwertungsprozess zu. Es bestimmt – mit einer Heizkostenpauschale – auch, wie warm der Arbeitslose in seiner Wohnung leben darf. Je nach baulichem Zustand und Belegung der umliegenden Wohnungen reicht das erstattete Geld meist nur bis zu 16 Grad. Wer die Betriebskosten überzieht, bleibt auf einem Schuldenberg sitzen, dem die Zwangsäumung durch den Vermieter folgt.

Also sind sehr viele Mieter gezwungen, die Betriebskosten so niedrig wie möglich zu halten. Wer im Winter zuviel und zulange gefroren hat, der bekommt manchmal tatsächlich etwas zurück – aber nur rückwirkend, wenn der Vermieter seinen Gewinn ausgerechnet hat, also fast ein Jahr später. Wer allerdings inzwischen dem Alg II verfallen ist, dem entsteht nach der Auslegung

Florence Hervè, die schon mehrfach in Leipzig war und durch ein Vielzahl von Publikationen vor allem zu Frauenfragen in Ost und West bekannt geworden ist, ist derzeit mit einer Gruppe von Frauen vom Umbruch-Bildungswerk Nordrhein-Westfalen auf einer Studienreise durch die neuen Bundesländer unterwegs. Erste Station war Leipzig, wo die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und die Feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der Linkspartei, Lisa, zu einer Begegnung eingeladen hatten. Die verlief, dies vorweg, locker, freundschaftlich, mit viel Respekt voreinander und ohne Besserwisserie. Jede der Teilnehmerinnen war bemüht, viel aus dem Leben der anderen und über die unterschiedlichen Sozialisationen zu erfahren. Was alle Frauen auszeichnete, war ihre aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und ihre vielfältigen Bemühungen, beruflich tätig zu sein. Die Unterschiede wurden erst in den Lebensläufen deutlich. Während die Frauen aus der alten BRD ihr Berufsleben in der Regel mehrfach unterbrechen mussten, nach Geburt der Kinder sogar für längere

der ARGE aus der Rückzahlung nicht verbauter Betriebskosten ein Einkommen. Abgesehen davon, dass Finanzamt und Steuerfachleute das Einkommen ganz anders interpretieren, erwartet die ARGE eine Meldung, ob man solche Rückzahlungen erwartet, selbst wenn sie mit keinem Cent an der Vorauszahlung beteiligt war. Dazu verschickt sie eine Aufforderung unter Androhung einer Wohngeldkürzung. Warum soll man der nicht nachkommen, schließlich handelt es sich um selbstgespartes Geld. Nur, die ARGE sieht das anders und unterstellt Sozialbetrug und verrechnet die ordnungsgemäß gemeldete Betriebskostentrückzahlung mit den laufenden Wohngeldern. Gleichgültig, ob jemand Betriebskostentrückzahlungen verschweigt oder nicht, er wird so oder so kräftig bestraft. Denn nach der Rückzahlung teilt die ARGE schon mal mit, es würde ein Ermittlungsverfahren wegen Sozialbetruges eingeleitet. Wer sich zu wehren versucht, wird mit dem Standardgesetz, seine Argumente seien sachlich unbe-

gründet, abgewiesen.

Also bleibt nur der Weg zum Sozialgericht, das aber erst einmal die ARGE um ihre Stellungnahme bittet. Die räumt nun ein, die Klage sei zwar zulässig, um weiter unten diese Feststellung wieder zurückzunehmen. Nur zwei Wochen später kommt der Bußgeldbescheid, per Einschreiben natürlich, denn das bezahlt ja eh der Sünder. Der Standardsatz für den durch Tatsachenverdrehung und einer unglaublich skandalösen Praxis der ARGE vermuteten Sozialbetrug beträgt schlappe 125 Euro, zuzüglich 20 Euro Bearbeitungsgebühren und Auslagen von 5,60.

Manchmal drückt die ARGE auch ein soziales Auge zu, weil sie sich die Betriebskostentrückzahlung bereits unter den Nagel gerissen hat, und reduziert die 125 auf 115 Euro. Aber immerhin ein Zusatzgewinn der ARGE von 140,60.

Wie das Sozialgericht entscheidet, ist noch offen. Aber dass eine Krähe der anderen ein Auge aushackt, ist eher unwahrscheinlich.

JOCHEN SINGER, LEIPZIG

Frauenfragen sind keine Eintagsfliegen

Ost trifft West

Zeit, wobei der Einstieg in den ursprünglich ausgeübten Beruf oft gar nicht wieder gelang, verlief bei den DDR-Frauen der Prozess kontinuierlich. Beruf und Mutterschaft waren meist miteinander vereinbar.

Mit der Einheit Deutschlands traten für beide Gruppen Veränderungen ein. Die Westfrauen wurden durch die endgültige Beendigung des Wirtschaftswunders vor neue Herausforderungen gestellt. Die Arbeitslosigkeit stieg an und die damit verbundenen Schwierigkeiten auch. Auffällig, dass viele in sozialen Einrichtungen, in Vereinen oder Stiftungen Aufgaben übernahmen, wobei sie in ihrem gewohnten Milieu blieben. Den Ostfrauen wurde die Möglichkeit zu arbeiten genommen, weil ihre Arbeitsstellen abgewickelt wurden. Sie gingen meist chancenlos in die bis dahin unbe-

kannte Arbeitslosigkeit. Sie mussten sich im neuen System zurechtfinden. Ihr gewohntes Milieu war ihnen abhanden gekommen. Wer schon älter war, konnte kaum neue Wurzeln ausbilden.

Die Vertreterinnen aus Ost und West waren sich einig, dass sie trotz unterschiedlicher Lebensläufe nun vor gleichen Problemen stehen, um die so mühsam errungenen Erfolge der Gleichberechtigung der Frauen und Männer nicht nur zu erhalten, sondern auszuweiten.

In anschließenden weiteren Gesprächsrunden ging es um den Friedenskampf, um die Frage, wodurch sich eine „typische DDR-Frau“ auszeichnete und welchen Zusammenhang es zwischen Staatsideologie und der Verwirklichung gleicher Rechte der Geschlechter gibt.

Es zeigte sich wieder einmal, auch wenn die Zeit viel zu kurz war, dass es sich lohnt, miteinander zu reden, ja dass solche Ost-West-Gespräche dringend notwendig sind.

DR. ILSE WOLF
LEIPZIG

Zu LN 20 '06: Was sich hinter Leipziger Straßennamen verbirgt

Als hätte es die DDR-Schule nicht gegeben

Beim Lesen des Artikels fiel mir der Name Max Hauke auf, und ich erinnerte mich, diesen Namen in dem Buch von Sonja Kurella-Schwarz „Im Zwielficht der Erinnerung“ gelesen zu haben. Sonja Kurella-Schwarz ist die Tochter des im Januar 1945 von den Faschisten hingerichteten Kommunisten Georg Schwarz.

Auf Seite 203 des Buches erfährt man etwas über das Schicksal der Familie Hauke: Max und Else Hauke und deren Sohn Karl. Letzterer (sicher der im Artikel erwähnte 13-jährige Sohn Karl Hauke) wurde schon als Halbwüchsiger verfolgt und gefoltert, konnte aber nach seiner Flucht von Verwandten der Autorin versteckt und vermutlich gerettet werden.

Übrigens: Die 57. POS in Leutzsch trug bis zum Ende der DDR den Namen „Georg-Schwarz“. Am 5. Oktober 2006 fand eine Festveranstaltung zum 100-jährigen Bestehen der Schule statt. Die „Festredner“ klammerten mehr oder weniger geschickt rund 30 Jahre DDR-Schule aus und betonten den Wert und den Fortschritt der seit 1991 bestehenden 57. Mittelschule.

Ich bin mir sicher, dass Sonja Kurella-Schwarz keine Einladung zu dieser Veranstaltung erhielt.

BRIGITTE JANSEN, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

IN BAD DOBERAN MAULEN die Linken. Wir staunten nicht schlecht, denn die Stadtfraktion möchte nächsten Sommer nicht unangenehm auffallen und gegen den G-8-Gipfel demonstrieren. Man vertierte unüberhörbar gegen den Landesvorstand, der sich übrigens schon zum Protest entschlossen hatte, als noch nicht feststand, dass er künftig keine Minister mehr stellen wird. Ich las in Bad Doberan: „Die Stadtfraktion distanziert sich ausdrücklich von der Haltung und den Aktionen auf Bundes- und Landesebene zum G-8-Treffen.“

Und auch: „In einer Demokratie ist nicht nur das Prinzip der Meinungsfreiheit ein entscheidendes Element dieses Systems, sondern auch der Loyalität, der aufgrund der Regierungsverantwortung in diesem Fall die höhere Priorität einzuräumen ist.“

Na bitte, wieder was gelernt. Nehmt's mir nicht übel, Ihr Doberaner, aber mir fällt nichts anderes ein als festzustellen: Ihr seid in Heiligendamm angekommen!

Strammstehen, Feuerwehrnot u.a.

DABEI HABEN SIE AUCH AN DER KÜSTE ganz andere Sorgen, was man uns in Neuendorf nachdrücklich bestätigte. In einem Mehrfamilienhauses war Feuer ausgebrochen und es dauerte lange, ehe die Feuerwehr kam. Eine Mieterin war in die Rauchwolke und in höchste Gefahr geraten, eine schnell reagierende Mitmieterin schleppte eine Holzleiter heran und postierte sie so an ein Fenster, dass die Frau sich retten konnte. Dass keine Feuerwehrleiter zur Stelle war, hatte nichts mit Schlamperei zu tun. Aber: Die verantwortlichen Männer der Kreisfeuerwehr hatten eine solche Katastrophe seit langem heraufziehen sehen, weil die freiwilligen Feuerwehren längst ausgedünnt sind. Im Saal waren nicht einmal genug, um loszufahren, aus Fuhlendorf kamen nur zwei Kameraden, nur als in Damgarten eine dritte Feuerwehr alarmiert wurde, kam man zu elft, aber ehe die vor Ort waren, war wertvolle Zeit vergangen. Die Ursache: Kaum jemand arbeitet noch, wo er wohnt, und „Pendler“ sind bei Alarm

nicht zu erreichen. Und nun?

JA, ICH HABE ERST UNLÄNGST DARÜBER BERICHTET, aber es ist nun mal ein Thema, das viele Menschen bewegt: die Versorgung derer, deren Geld nicht mehr reicht, um den Hunger in der Familie zu bekämpfen. In Grevesmühlen erzählten sie uns, dass es inzwischen 44 Familien sind. Eine Astrid, die selber seit 13 Jahren arbeitslos sein soll, hat das Heft im Bürgerhaus der Arbeiterwohlfahrt in die Hand genommen und ist nicht nur selber froh, sich als alleinerziehende Mutter zweier Söhne hin und wieder einiges mit nach Hause nehmen zu können, sondern organisiert auch die „Hartz-IV-Versorgung“. Beängstigend, wie die Zahlen gestiegen sind. Im November 2004 waren es nur fünf Familien und 14 Kinder, jetzt schon über vierzig. Astrid verriet auch, wonach derzeit oft am meisten gefragt wird: Brot ...

DIE BUNDESBAHN, die überall im Land Strecken stilllegen will, scheint keine Probleme zu bekommen, wer diese

Arbeiten übernimmt. Vorige Woche war bei Rudolstadt ein Polizeihubschrauber unterwegs und sah drei Gestalten, die sich an der schon stillgelegten Strecke Probstzella-Lichte zu schaffen machten. Man ging professionell vor: Einer schnitt die Kabel klein, die anderen standen Schmiere. Als der Hubschrauber landete, fand man ein stattliches Kabellager. Es geht also voran mit den Stilllegungen.

EINE ZAHL, DIE UNS SCHOCKIERTE, HÖRTEN WIR IN MEININGEN: Im Landkreis Schmalkalden-Meiningen wurden 7 000 Analphabeten gezählt, davon tausend allein in Meiningen. Nun will man mit der Volkshochschule dem Problem beikommen. Viele, die Schwierigkeiten mit dem Lesen und dem Schreiben haben, haben demzufolge auch Probleme, Arbeit zu finden. Auf Ämtern oder in Läden tun sie oft so, als hätten sie die Brille vergessen oder sich die Hand verletzt. Dass das Thüringer Kultusministerium Fördermittel bewilligt hat, wird auch nicht allzu laut verkündet, denn im Freistaat wurden inzwischen 117 000 Analphabeten gezählt, davon sollen sich 500 in den Volkshochschulen angemeldet haben.

• KLAUS HUHN

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 24. Oktober, 18.00 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Berühmt, geschmäht und totgeschwiegen - Aus dem Leben des jüdischen Philosophen und Mitbegründers der Völkerpsychologie Moritz (Moses) Lazarus (1824-1903)*. Mit Brigitte Lange.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 25. Oktober, 18.00 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Die Linke in Russland*. Mit Boris Krumnow, Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 25. Oktober, 19.00 Uhr, Dresden

Vortrag und Diskussion: *Zum 150. Todestag: Heinrich Heine - deutscher Jude, Europäer, Weltbürger*. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier.

WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 25. Oktober, 18.30 Uhr, Leipzig

Diskussion: *Lateinamerika - Auf der Suche nach dem linken Weg (Teil II)*. Mit Dr. Peter Hamann, Leipzig

Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Sonabend, 28. Oktober, 9.30 Uhr, Leipzig

Kolloquium: *Politische Bildung in Ost und West. Der Umgang mit dem antifaschistischen Grundkonsens*. Mit Dr. Lothar Nettelmann, Oberstudienrat Gerhard Voigt, beide Hannover, Dr. Thomas Ahbe, Leipzig, Dr. Dieter Schlönvoigt, Berlin, und Dr. Dieter Chitralla, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider. In Zusammenarbeit mit Lamprecht-Gesellschaft und BdA Leipzig. ***

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Sonabend, 28. Oktober, 10.00 Uhr, Chemnitz

Buchlesung und Gespräch: *Hammer, Zirkel, Hakenkreuz. Wie antifaschistisch war die DDR?* Mit Prof. Dr. Detlef Joseph

Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 1. November, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Erster Bürgermeister von Chemnitz Mai 1945 - Oberleutnant Dr. Ernst Ring*. Mit Eberhard Hübsch.

Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 1. November, 19 Uhr, Dresden

Buchvorstellung und Gespräch: *Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung*. Mit Prof. Dr. Klaus Kinner

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Deutscher

Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

26. 10., 16.30 Uhr: Über Heimat, Vaterland und Nationalismus im Gespräch mit Dr. Maxi Wartelsteiner.

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenanspruch bedroht sind.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Meet the Revolution

Eine Aktion der Fraktion Die Linke. Im Bundestag vom 30. 10. bis 4. 11. in Berlin, Leipzig, Freiburg, Frankfurt/M, Bremen am **1. November 19.30 Uhr** in Leipzig, Werk II Kochstr. 132

mit Freiman Paez Garcia, Venezuela und Mercedes Condori Quispe, Bolivien

Dokumentarfilm: Chavez - The Revolution will not be Televised, Irland 2003

Diskussion mit Gästen aus Lateinamerika und MdB der Linksfraktion

Dance Party + Drinks

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Nachruf

Karl Plättner

6. März 1922 – 25. September 2006

Am 25. September 2006 verstarb im Alter von 84 Jahren der langjährige verdienstvolle Vorsitzende des VVN-BdA-Stadtverbandes Leipzig, unser Kamerad Karl Plättner. Er gehörte zu den Mitbegründern unseres Verbandes und erwarb sich durch seine konsequente Haltung hohe Autorität und großes Ansehen in Leipzig. An der Spitze des Stadtverbandes galt seine besondere Aufmerksamkeit der sozialen Fürsorge für unsere Kameraden, der Erhaltung unserer antifaschistischen Gedenkstätten, der Ehrung unserer ermordeten Kameraden sowie der Aufklärung unter der Jugend.

Karl Plättner stammte aus einer antifaschistischen Arbeiterfamilie. Sein Vater wurde als Teilnehmer am Mitteldeutschen Aufstand bereits in den 20er Jahren zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Die Nazis verbrachten ihn nach Buchenwald und seine Mutter zwei Jahre ins Gefängnis. Der 19-jährige Karl wurde 1941 zur Kriegsmarine einberufen, wo er Aufklärungsarbeit über Hitlers wahre Kriegsziele leistete. Wegen Wehrkraftzersetzung kam er ins Zuchthaus Anklam und später in das berüchtigte Wehrmachtgefängnis Torgau.

Immer wieder sagte er, es sei noch zu früh, mit dem Kämpfen aufzuhören. Wir werden sein Andenken in Ehren halten,

Vorstand des Landesverbandes VVN-BdA Sachsen

Vorstand des Stadtverbandes VVN-BdA Leipzig

Vorstand des BdA e. V. - Sitz Leipzig

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Oktober neu bei uns:

Maren Ullrich: *Geteilte Ansichten*. Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze. Aufbau-Verlag, 24,90 Euro

Stephen Grey: *Das Schattenreich der CIA*. Amerikas schmutziger Krieg gegen den Terror. Spiegel Buchverlag, 17,90 Euro

Günter Herlt: *Ossis fallen immer auf*. Ein Rentner-Trio auf Reisen. Eulenspiegel, 7,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

SCHÜLERTHEATERAUFFÜHRUNG

!!! mit Theaterkinder-EHEMALIGENTREFFEN !!!

Die Regen-
nach
Theodor
Storms
frau

Märchen "Die Regentrude"

Spielleitung:

UTE SCHMEIDUCH

Sonabend
4. 11. 2006
14 Uhr

Karl-Liebknecht-
Schule (Gohlis)
Heinrich-Mann-
Straße 1

2. Etage oder
Turnhalle

Kontakt:
0341 9011943
LIEBICHS.DE

20 Jahre Kinder- und Jugendtheater BRÜCKNER

SPOTLESS + SPOTLESS + SPOTLESS

Klaus Huhn: **WER IST, WER WAR DEUTSCHLAND?**

Pausenlos wird die Vergangenheit strapaziert - die der DDR wohlgermerkt. Auch, um die jüngere Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen. Der Autor hat sie ein wenig unter die Lupe genommen und zum Beispiel entdeckt, dass der heutige Bundespräsident damals für die Treuhand zuständig war und eine Verfügung erließ, wonach "Verwaltungsrat und Treuhand... von der Haftung für grobe Fahrlässigkeit freigestellt wurden." Ein Freibrief für die Treuhand, an den sich niemand mehr erinnert. Es sei denn er läßt sich durch dieses SPOTLESS-Taschenbuch erinnern.

Wie immer: **5,10 Euro**

Der kürzeste Weg:

Bestellen Telefon/Fax 030 24009401 oder bei SPOTLESS - Postfach 28830 - 10131 Berlin

globaLe 06 Globalisierungskritisches Filmfestival

In Dokumentarfilmen werden jeden Mittwoch 20 Uhr Zusammenhänge und Auswirkungen der globalisierten Ökonomie deutlich gemacht.

25. 10., 20 Uhr, China: Mardi Grass, Schaubühne Lindenfels
1. 11., 20 Uhr, Arbeit: des Wahnsinns letzter Schrei, Schaubühne Lindenfels

8. 11., 20 Uhr, Rassismus: Tod in der Zelle. Warum starb Oury Jalloh? UT-Connewitz

Fahnenmüde Fußball- Fans

Dieser Tage wurde ein ungewöhnlicher Umtausch feierlich beendet. Ca. 100 fahnenmüde Fans feierten zusammen mit der Jungen Linken.PDS Sachsen das Ende der Aktion „Nein zum Deutschlandhy-pe!“ im „Picknick“ in Dresden. Die immerhin 970(!) zur Fußball-WM eingetauschten Fahnen wurden künstlerisch von einer Galerie in drei Kategorien verarbeitet:

Es wurden Forderungen an das Land, in dem wir leben, formuliert:

- „Für solidarische Krankenversicherung!“
- „Von Arbeit muss man leben können!“
- „Luxus für alle“.

Eine zweite Aktion machte bewusst, welche Verbrechen im Namen nationalistischen Gedankenguts in jüngster Vergangenheit begangen wurden: die Namen von 120 Opfern rassistischer Gewalt erinnerten daran. Die dritte Kategorie „Schön ist hier...“ stimulierte positive Gefühle zum eigenen Zuhause:

- „Baden in der Elbe“
- „Von Dänemark nach Flensburg schauen“.

Bereichernd für den Abschlussabend war die Lesung von Uwe Schaarschmidt, der unter dem Titel „KombiNation“ humoristische und ernste Überlegungen zum Thema anstellte: „Eigentlich kann man wirklich gut und gern auf Fahnen verzichten. Das lässt sich beweisen. Man frage nur einmal in den Krankenhäusern der Welt nach, wann das letzte Mal jemand an Fahnenmangel gestorben sei oder aber eine Fahne wenigstens einem therapeutischen Zweck gedient habe.“

Wer eine unverfälschte Bekundung des Verhältnisses der Menschen zu Deutschland haben will, der sollte versuchen, diese im Alltag der Menschen zu entdecken. Möglichkeiten gibt es viele: Vor den Arbeitsagenturen,

nach Zeugnisausgaben oder bei Warnstreiks kann er versuchen, Deutschlandfahnen an die Leute zu bringen. Viel Spaß dabei!“

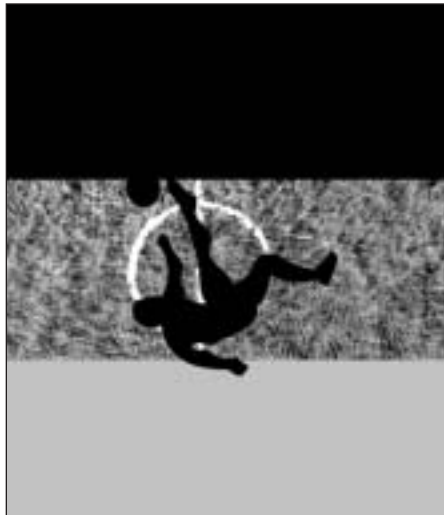
Zum Weiterlesen empfehlen wir:

www.junge-linke-sachsen.de.

Nicht zu übersehen war die Vorstellung der neuen Fan-Fahne, die die Junge Linke.PDS Sachsen Fußballbegeisterten für kommende Spiele vorschlägt. Die wunderbare Idee ist: Für eine Mannschaft jubeln zu können, ohne gleichsam die Fahne hochhalten zu müssen. Wie das geht?

Die Fahne finden Sie in vollster Schönheit farbig unter: <http://portal.pds-sach-sen.de/dokumen-te/Flagge.pdf>

• **CLAUDIA JOBST**
JUNGE LINKE.PDS SACHSEN



Die Verräter-Fahne

Da verriet sich doch dieser Tage ein Rheinland- Pfälzer durch (s)eine Fahne!
Sein alkoholgeschwängelter Atem wurde dem mit internationalem Haftbefehl Gesuchten zum Verhängnis. Der Mann hatte sich auf dem Schober eines Hauses in Bernkastel-Kues in einem Stroberg versteckt.
Eine Polizistin(!), mit offenbar ausgezeichnetem Spürsinn, roch jedoch den Satansbraten ...

Heimatlied „neu“?

unsre heimat, das sind nicht
nur die städte und dörfer,
unsre heimat sind auch all
die bäume im wald, unsre
heimat ist das gras auf der
wiese, das korn auf dem
feld und die vogel in der
luft und die tiere der erde
und die fische im fluss sind
die heimat. und wir lieben
die heimat, die schöne und
wir schützen sie, ...

Herbert Keller schrieb den Text, Hans Naumilkat vertonte ihn und der Grüne Ring Leipzig nutzt ihn für diese Einladungskarte zu einer Stadt-Umland-Konferenz am 3.11. 2006. Nur: ... **weil sie dem Volke gehört** – diesen nicht unwichtigen, einstigen Schluss ließen die Einlader weg, fälschten ohne Rücksicht auf Autor und Original „zeitgemäß“: ... **weil sie die Zukunft unserer Kinder ist** ... auf der Einladungsrückseite.
Singen kann das jetzt keiner mehr, und ob d a s nun so stimmt?

• - CK

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Das robuste Mandat ist der Hammer in unserem Werkzeugkasten.

stellv. Kommandeur für den Bundeswehr-Libanoneinsatz. DLF 26.9.

Sie haben in der (alten) BRD für die Gleichberechtigung gekämpft, wir (in der DDR) haben sie gelebt.

Dr. Dagmar Schipanski
Diskussion im DLF 27. 9.

Ob dein Feind stirbt oder du – in beiden Fällen hast du Ruh.

(Nach Peter Hacks)

Lotto ist für die, die im kapitalistischen Verteilungskampf die Arschkarte gezogen haben.

Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Wo zwei W(V)illen sind, ist er verbaut.

3mal Kabarettssendung 3sat 1. 10.

In den USA werden immer mehr öffentliche Schulen aus Geldmangel geschlossen. Viele Kinder haben keine andere Möglichkeit, als in kostenfreie Militärschulen zu wechseln. Das Pen-

tagon investiert viel in diese Schulen. Die Schülerinnen und Schüler werden mit militärischem Drill wie Kadetten erzogen.

ARD 1. 10.

In Indien gibt es keine Krankenversicherung und auch keine Rentenversicherung. In 13 von 28 indischen Bundesstaaten haben maoistische Gruppen Fuß gefasst.

DLF 3. 10.

Lehrer Dreyer kennt West wie Ost. Sein Hauptindruck von den regelmäßigen Besuchen in Meck-Pomm: „Der Osten läuft leer ...“

LVZ 4. 10.

Polens Präsident Kaczynski hat in einer Rede von Lumpenprofessoren gesprochen. Jetzt nennen sich viele polnische Studenten Lumpenstudenten. Die Bezeichnung wird über das Internet verbreitet.

DLF 6. 10.

• ENTDECKT VON
MANFRED ERBE

Anzeige

B Ü R O M Ö B E L
www.buero-richter.de

Nicht da ist man daheim,
wo man seinen Wohnsitz hat,
sondern wo man verstanden wird.
Christian Morgenstern

Wo die Heimat zur Fremde wird,
da wird die Fremde zur Heimat.
Thomas Mann

... warum liebt man die Heimat?
Deswegen:
das Brot schmeckt da besser,
der Himmel ist höher,
die Luft ist würziger,
die Stimmen schallen kräftiger,
der Boden begehrt sich leichter.
Bertolt Brecht

Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen auch international. In der Heimatliebe von niemand – nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es ... Wir haben das Recht, Deutschland zu hassen – weil wir es lieben.
Kurt Tucholsky

Ach! für des Menschen wilde Brust ist keine Heimat möglich.
Hölderlin

**Leipzigs
NEUE**

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
17. Oktober
Die nächste Ausgabe erscheint am
4. November

Spendenkonto
für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40